

Vom Kampf um den Achtstundentag

Von Hermann Müller-Lichtenberg

Seitdem die Gewerkschaften sich entschlossen haben, durch Volksentscheid die deutsche Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu zwingen, ist der Kampf um den Achtstundentag in ein neues Stadium getreten. Es ist wohl kaum jemand in Deutschland, der nicht mit Bestimmtheit damit rechnet, daß der Volksentscheid für den Achtstundentag ausfällt. Daran ändert auch nichts, daß die Stegerwald-Christen eine deutschnationale Extratour tanzen, denn auch die christlich organisierten Arbeiter werden für den Achtstundentag ebenso eintreten wie die Nachläufer der Kommunisten, die wieder einmal nicht recht wissen, was sie wollen und dürfen.

Auch die Unternehmer rechnen mit einer Entscheidung für den Achtstundentag. Es ist ihnen gar nicht wohl. Das beweist die umfangreiche Tätigkeit, die sie entfalten, um auf die bisher von ihnen so von oben herunter behandelte Öffentlichkeit einzuwirken.

Auch die Regierung fühlt sich nicht wohl. Es ist sehr leicht möglich, daß sie, ehe diese Zeilen gedruckt sind, im Reichstag bei der Beantwortung der beiden Interpellationen, die von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen eingebracht sind, schon die Erklärung abgegeben hat, daß sie beabsichtige, dem Reichstag ein Gesetz zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens vorzulegen. Es gibt allerlei Anzeichen, die dafür sprechen, daß die Regierung dem Volksentscheid ausweichen will. Damit wäre natürlich noch nicht viel gewonnen. Die besten Absichten der Regierung kann der Reichstag zunichte machen, und was der Inflationsreichstag, der, so jung er ist, in vielen wichtigen Lebensfragen nicht der Volksmeinung entsprechend zusammengesetzt ist, mit einem Gesetzentwurf über den Achtstundentag macht, das ist immer erst abzuwarten.

Auf jeden Fall haben die Gewerkschaften ihr Pulver trocken zu halten. Auch eine dem Washingtoner Abkommen günstige Regierungskundgebung bringt sie nicht weiter, sie ist vielleicht nicht viel mehr als ein willkommener Stützpunkt.

Auch sonst sind die Gewerkschaften nicht über den Berg hinweg, denn ein Gesetzentwurf, der dem Washingtoner Abkommen entspricht, braucht nicht viel besser auszusehen als die viel bekämpfte Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923.

Darüber müssen sich die Arbeiter im klaren sein: das Washingtoner Abkommen ersetzt nicht die am 17. November 1923 abgelaufenen Demobilmachungsverordnungen vom 23. November bzw. 17. Dezember 1918 und vom 18. März 1919. Es läßt weit größeren Spielraum, und wenn das neue Arbeitszeitgesetz nicht mehr bringt als im Washingtoner Abkommen vorgesehen ist, dann bleibt für die Gewerkschaften auf dem Wege der Selbsthilfe noch sehr viel zu tun übrig.

Es ist ja kein Geheimnis, daß in den Ländern um uns herum der Achtstundentag auch tüchtig durchlöchert ist. Auch in Frankreich, das sich anschiebt, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren und glaubt, es auf Grund seiner Verhältnisse tun zu können, ist Loch an Loch. Es ist hier nicht angängig, im einzelnen nachzuprüfen, ob sich nicht in Frankreich allerlei ändern muß, wenn das Abkommen ratifiziert ist, es mag die Feststellung genügen, daß dort geglaubt wird, das Washingtoner Abkommen lasse die dort vorhandenen Ausnahmen zu. Das allein schon ist ein Beweis dafür, daß das Washingtoner Abkommen nicht Ziele steckt, die wir als Endziele betrachten können.

Es ist überhaupt die Frage, ob es gegenwärtig im Ausland viel besser aussieht, als bei uns in Deutschland, soweit die Arbeitszeit in Frage kommt. Genaue Feststellungen zu machen, ist da außerordentlich schwer. Wir haben ja nicht einmal einen Ueberblick über die Arbeitszeiten bei uns.

Manchem mag da die Aufregung recht überflüssig erscheinen, die unter den ausländischen Arbeitern über die ohne Frage eingetretene Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland herrscht. Mancher wird da geneigt sein, zu sagen, daß sie alle erst im eigenen Lande nach dem Rechten sehen möchten, ehe sie sich immer um uns zu bekümmern Veranlassung hätten. Aber das ist nicht richtig. Deutschland hat nun einmal im Kampf um den Achtstundentag eine ganz besondere Rolle gespielt, und schon das erklärt, daß die ausländischen Arbeiter Deutschland im Auge behalten. Sie haben um so mehr Ursache dazu, weil Deutschland einer der wichtigsten Industriestaaten ist und bleiben wird.

Den deutschen Gewerkschaften war es zu danken, daß schon vor dem Kriege der Achtstundentag nicht nur Theorie war, sondern in verschiedenen Berufen bestand. Den Gewerkschaften war auch das Abkommen mit den Unternehmerverbänden zu danken, das am 12. November 1918 abgeschlossen wurde und den meisten deutschen Arbeitern den Achtstundentag brachte. Die gesetzliche Festlegung vom 23. November 1918 hinkte hinter den Tatsachen her. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie überflüssig war, sondern lediglich, daß wir nicht ihr in Deutschland den Achtstundentag zu verdanken hatten. Deutschland war das erste Land, das diesen Schritt tat, und es machte Schule. Als im Herbst 1919 die erste

Internationale Arbeitskonferenz in Washington war, waren die Verhältnisse soweit gediehen, daß einstimmig beschlossen wurde, durch ein Abkommen den gesetzlichen Achtstundentag in allen Ländern der Welt einzuführen.

Deutschland war also der Ausgangspunkt. Und seine Verordnungen waren auch so, daß wir wirklich sagen konnten, daß wir den gesetzlichen Achtstundentag hatten. Wir waren zeitlich und materiell den anderen Ländern voraus. Der Grundstein für die Achtstundentaggesetzgebung wurde in Deutschland gelegt. Noch ist nun das Washingtoner Abkommen nur in wenigen, und noch dazu untergeordneten Staaten ratifiziert, wodurch gezeigt wird, wie dürftig das ganze Gebäude noch ist, und da versackt der Grundstein: der gesetzliche Achtstundentag in Deutschland. Er versackt zu einer Zeit, die für die Gewerkschaften so ungünstig wie nur möglich ist, und so kommt es hier zu umfangreichen Arbeitszeitverlängerungen, die die ganze Achtstundentagbewegung gefährden.

Dem steht nicht entgegen, daß es anderwärts nicht viel besser oder gleich schlecht aussehen mag wie bei uns. Der große Unterschied ist eben der, daß wir in Deutschland den gesetzlichen Achtstundentag hatten, daß er fünf Jahre lang streng durchgeführt und schließlich doch preisgegeben wurde. Das ist für die ganze Bewegung viel gefährlicher, als daß der Achtstundentag anderwärts noch lückenhaft ist. Dort geht es aufwärts, wir gleiten zurück und reißen womöglich mit um, was dort im Werden ist. Darum haben die Arbeiter der anderen Länder alle Ursache, die Vorgänge in Deutschland mit der größten Aufmerksamkeit zu betrachten und warnend ihre Stimme zu erheben.

Oben wurde schon erwähnt, daß wir kein vollständiges Bild der Entwicklung der Arbeitszeit in Deutschland seit Dezember 1923 haben. Das können auch die Tarife nicht geben, weil sie örtlich und auch betrieblich Spielraum lassen. Um ein Bild zu bekommen, muß deshalb Ort für Ort eine Aufnahme gemacht werden. Das wäre ein so großes Unternehmen, daß das Ergebnis lange auf sich warten ließe und zu einer Zeit festgestellt wurde, wo es schon lange nicht mehr zutrifft.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat den Versuch gemacht, ein Teilergebnis festzustellen. Er hat (siehe Gewerkschafts-Zeitung Nr. 25) das Baugewerbe, das Buchdruck-Gewerbe, die chemische Industrie, das Holzgewerbe, die Metallindustrie, die Schuhindustrie, und die Textilindustrie herausgegriffen und hat in vierzehn charakteristischen Gebieten 533 Ortsausschüsse über die am Ort bestehenden Verhältnisse befragt. Im ganzen wurden 46 122 Betriebe erfaßt, die 2 453 523 Personen beschäftigen. Dabei ergab sich, daß in 3375 Betrieben 141 663 Personen weniger als 48 Stunden arbeiten, in 27 284 Betrieben arbeiten 968 650 Per-

sonen 48 Stunden in der Woche, so daß von den durch die Aufnahme erfaßten Personen 1 110 313 noch den Achtstundentag hatten. Bis 51 Stunden arbeiteten in 2535 Betrieben 204 536 Personen, von 51 bis 54 Stunden waren in 10 585 Betrieben 820 775 Personen und in 2343 Betrieben 317 899 Personen mehr als 54 Stunden wöchentlich tätig. Den 1 110 313 Personen, die den Achtstundentag noch hatten, standen demnach 1 343 210 Personen gegenüber, die ihn verloren.

Diese Zahlen zeigen zwar, daß es nicht stimmt, wenn gesagt wird, daß bei uns der Achtstundentag nur noch auf dem Papier stehe. Es gibt immerhin noch viele Arbeitnehmer, die ihn haben. Trotzdem aber ist das Bild trübe genug; wenn die Zustände verglichen werden mit denen im Vorjahr, dann steht fest, daß die deutschen Arbeiter auf dem Gebiet der Arbeitszeit viel verloren haben. Es liegt im Wesen der deutschen Gewerkschaften, daß sie daraus kein Hehl machen, daß sie vielmehr bestrebt sind, das Verlorene so rasch als möglich wiederzugewinnen.

Zwei Wege sind da gegeben: Gesetzgebung und Kampf. Gelingt es, durch die Gesetzgebung den alten Zustand wiederherzustellen, dann ist dieser Weg natürlich vorzuziehen. Er führt umfassender ans Ziel. Reibungen bleiben auch da nicht aus, aber sie liegen nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Muß dagegen die Verkürzung der Arbeitszeit durch gewerkschaftlichen Kampf erreicht werden, dann heißt das, daß sie in den allermeisten Fällen wird erstreikt werden müssen, und dies bedeutet gewaltige Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens. Läge wirklich den Unternehmern die Wirtschaft so am Herzen, wie sie gern sagen, dann müßten auch sie versuchen, die Konflikte zu vermeiden. Sie sagen, die deutsche Wirtschaft könne den Achtstundentag nicht tragen, Mehrleistung lasse sich nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erzielen, sie haben sich aber nicht gescheut, Streiks in großem Umfange zu provozieren und zahlreiche langandauernde Aussperungen herbeizuführen. Es wäre interessant, wenn festgestellt werden könnte, wieviel Arbeitsstunden dadurch der deutschen Wirtschaft verloren gegangen sind und wie lange dort, wo die Unternehmer erreichten, was sie wollten, über acht Stunden gearbeitet werden muß, um die verlorene Arbeitszeit wieder einzuholen. Aber wenn die Unternehmer von der deutschen Wirtschaft reden, dann meinen sie entweder ihren Profit oder ihr Herrenbewußtsein, oder auch beides zusammen. Daran liegt ihnen ganz allein, dem zuzuliebe setzen sie sich, wenn es sein muß, auch auf einen Vulkan. Und daß sie auf einem Vulkan sitzen, das muß ihnen klar sein. Der deutsche Arbeiter wird sich den Achtstundentag, so oder so, wiederholen. Im Interesse der wirklichen deutschen Wirtschaft, nicht der Wirtschaft, die die Unternehmer so nennen, liegt natürlich, daß der Weg der Gesetzgebung zum Ziel führt.

Nun wurde schon erwähnt, daß ein Gesetz, das nur dem Washingtoner Abkommen entspricht, die Wünsche der deutschen Arbeitnehmer auch nicht erfüllen wird. Trotzdem darf nicht befremden, daß zunächst von ihnen auf dieses Abkommen zurückgegriffen wird. Es bildet international die Grundlage der Achtstundentagsgesetzgebung. Sie muß zunächst geschaffen werden. Es ist dann auch der Weg freier als heute zu weitergesteckten Zielen.

Zur London-Debatte

Von Dr. E. Wenck

Die London-Debatte im Reichstage wirft auf das politische Denken des deutschen Bürgertums trübes Licht. Die parteipolitische Situation bestimmt die Abmachungen über das Dawes-Gutachten. Die Gesamtentwicklung des Reparationsproblems wird mißachtet. Selbst die Belastungsfrage wird nur nach den augenblicklichen innerwirtschaftlichen Motiven gewertet, ohne Vornahme einer gewissenhaften Prüfung der weltwirtschaftlichen und vor allem der politischen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Wiederentfaltung. Hätten Herr Hergt und Genossen die Delegation geführt, und die Kriegsschuldfrage — eine allerdings auch nach unserer Meinung, nicht nur für die Geschichte, sondern auch für die Geltung Deutschlands sehr wesentliche Frage — in London an die erste Stelle der Erörterungen gesetzt, sie hätten wahrscheinlich mit diesem politischen Vorgehen die gesamte reparationspolitische Entwicklung auf Jahre zurückgeworfen. Herr Hergt will rebus sic stantibus ablehnen, — d. h. wenn die Deutschnationalen nicht noch große politische Zusagen erhalten. Also selbst London soll ein innerpolitisches Handelsgeschäft werden. Von zweiter Verhandlung unter deutschnationaler Führung verspricht Hergt größeren Erfolg von den Führern der westlichen Demokratien zu erringen. Politische Hysterie oder demagogisches Verbrechen — man weiß nicht, welches von beiden.

Die Schuld an den Reparationskämpfen der letzten Jahre ist nicht allein dem Versailler Vertrag zuzuschreiben, wenn er auch in weitergehendem Maße, als es mit der Forderung in den Wilsonschen Punkten und ihrer Festlegung in dem Präliminarfrieden vom 5. November 1918 vereinbar war, den Schadenersatzanspruch an Deutschland festlegt, so daß, wie Keynes berechnet, mindestens 100 Milliarden Goldmark weitere Wiedergutmachungsforderungen entstanden. Die gesamten Verwicklungen bis zur Ruhr wurden in der Hauptsache nur dadurch möglich, daß die Beteiligung Amerikas an der Demobilisierung des Weltkrieges, an der Ratifizierung des Friedens unterblieb. Damit war das Gleichgewicht der Siegermächte gestört und den politischen imperialistischen Zielen Frankreichs und Belgiens freie Auswirkungsmöglichkeit gegeben. Auf der Brüsseler Konferenz im September 1920 gab der amerikanische Vertreter deutlich zu verstehen, daß Amerika genugsam mit sich zu tun habe, und die verarmten und notleidenden europäischen Staaten in sich allein Einigung und Wiederaufrichtung finden müßten. Amerika verkannte die weltwirtschaftliche und weltpolitische Wirkung seines Vorgehens. Die alliierten europäischen Staaten aber trieben bis zum Londoner Ultimatum lediglich die Politik der Festsetzung der Reparations-

summe und des Anteilschachers unter sich. Erst die Weltwirtschaftskrise und die gewaltige englische Arbeitslosigkeit ließen zuerst in England die Erkenntnis reifen, daß die politische Reparationslösung den weiteren wirtschaftlichen Niedergang und damit den weltpolitischen Zerfall Europas darstelle.

In der raschen Erschlaffung der Kaufkraft der gesamten Welt zeigte sich, nachdem der Warenhunger zur Auffüllung der im Krieg geleerten Warenvorräte nur einigermaßen gestillt war, der Rückgang des Weltkonsums. Die Welthandelsziffer ging von Jahr zu Jahr zurück. Nicht nur im europäischen Kontinent, sondern auch in den kolonialen Gebieten wird die schwere Wirtschaftsdepression verspürt. Die Konferenzen von Cannes und Genua waren die ersten Versuche Englands (und Deutschlands: Rathenau), das Reparationsproblem von der europäisch-wirtschaftlichen Seite der Lösung näher zu bringen. Aber die im Anschluß an Genua in Paris zusammengetretene Morgan-Konferenz wurde von Frankreich zum Scheitern verurteilt. Die Finanz vertagte sich, da noch die wirtschaftliche Einsicht nicht über den verblendeten politischen Machtwillen (der französischen Hergts) siegen konnte. Das französische Volk, wirtschaftlich besonders durch das neu zugewachsene Gebiet und den Wiederaufbau in sich beschäftigt, spürte die Weltmarktkrise noch wenig und ließ sich weiter täuschen. Der französisch-belgische Widerstand in der Reparationskommission war nicht zu brechen, selbst als im Spätherbst 1922 zum zweiten Male die internationalen Finanzsachverständigen ihr Gutachten gegen die bisherige Reparationspolitik abgaben. England und die Finanzwelt mußten zurücktreten vor dem machtpolitischen Vorgehen der Franzosen und Belgier im Ruhrkampf. Nicht an der Erschöpfung Deutschlands, sondern an der Gefährdung der französisch-belgischen Währung scheiterte dieses Vorgehen. Und damit kamen zum dritten Mal die Finanzsachverständigen zu Wort, um jetzt auch von Frankreich und Belgien gehört zu werden. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten hatten sich erfüllt. Jetzt konnten auch die amerikanischen Interessen die Kaufkraftzerstörung der alten Welt nicht mehr ertragen. Jetzt mußten sich die Rohstoffexporteure, die Landwirtschaft, die amerikanische Finanz interessieren. So schloß sich der Ring wieder, der durch die Leugnung der notwendigen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge gesprengt worden war. Das Dawes-Gutachten und London bedeuten die Wiedermanifestierung des weltpolitischen Gleichgewichts. Frankreich und Belgien können nicht mehr den führenden Ausschlag in der Reparationskommission geben.

Dawes-Gutachten und London-Pakt bringen einen zweiten Vorteil. Reparationsleistungen werden nicht mehr als staatsfinanzielle Forderung an das Deutsche Reich angesehen, sondern vielmehr als Zahlungen aus den Erträgen der deutschen Wirtschaft (Transfer). Mit der Anerkennung dieser Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands sei allerdings nicht behauptet, daß die wirtschaftliche Beurteilung des Dawes-Gutachtens den tatsächlichen Verhältnissen Deutschlands in allen Folgerungen gerecht geworden ist. Wird im Gutachten von der deutschen Wirtschaft gesagt, ihr Motor sei in gutem, vielleicht außergewöhnlich gutem Zustand, ihm fehle anscheinend nur die bewegende Kraft und das Schmieröl, so ist damit nur eine Seite der wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands gekennzeichnet: die durch die Inflation hervorgerufene Kapitalnot, das Fehlen der flüssigen Betriebsmittel. Nicht ist aber dem Hauptproblem des Niedergangs der deutschen Wirtschaft nachgegangen, dem Rückgang der innerwirtschaftlichen Kaufkraft in Deutschland. Die Kaufkraft ganzer Schichten (Mittelstand) ist nahezu verschwunden, die große Kaufkraft der Arbeiterschaft gewaltig vermindert. Die deutsche Produktionsmaschine kann also nicht mit der alten Tourenzahl vollbeschäftigt laufen, zumal, wenn der Außenabsatz

gegen früher um 50 Proz. zurückgegangen ist. Sowohl die innenwirtschaftliche wie die Zahlungsbilanz werden sich daher nur ganz allmählich und nach schwankenden Konjunkturen ausgleichen. Ob die Atempause des Dawes-Gutachtens für die Aufbringung der Reparationsleistungen lange genug, und ob nicht diese Leistungen selbst von zu großem Ausmaß für den deutschen Wirtschaftskörper sind, wird erst die Zukunft zeigen. Das Aufkommen und die Leistungsmöglichkeiten werden nicht mehr durch zufällige Kommissionen von draußen beurteilt, welche, wie die Dawes-Kommission, in einem relativ günstigen Konjunkturmoment in Deutschland eintreffen können (deutsche Konsumkonjunktur im Frühjahr), sondern sie werden dauernd von den verschiedensten Beobachtungsposten verfolgt werden. Außerdem werden ausländische Kapitalien sowohl bei den Industrie- wie Eisenbahnobligationen an gleichmäßigen und dauernden Erträgen interessiert sein.

Das Dawes-Gutachten und die Londoner Konferenz stellen deshalb eine neue Etappe in der Reparationsentwicklung dar. Es gibt keine vollen Lösungen in der Geschichte; aber politische Momente, welche Wendungen herbeiführen. Ein solches Moment ist zweifellos mit London erreicht. Selbst wenn die militärische Besetzung des Ruhrgebiets nicht sofort aufhört und auch in Monaten noch nicht ihren Abschluß erfährt, so ist die wirtschaftliche Einheit des Reichsgebiets, und — was nicht genug unterstrichen werden kann — die wirtschaftliche Verhandlungsfreiheit für Zoll- und Handelsverträge in London wiederhergestellt worden. Für die Hebung unseres Außenhandels ist der Abschluß von Handelsverträgen eine der notwendigsten Vorbedingungen. Diese Möglichkeit ist Deutschland endlich wieder gegeben. Die Frage ist also nicht so zu stellen: sofortige Aufhebung der Ruhrbesetzung, Lösung der Kriegsschuldfrage — oder Nichts; sondern: Sicherung der mit dem Dawes-Gutachten und den Londoner Beschlüssen verbundenen wirtschaftlichen und weltpolitischen Einstellung, wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebiets und, was bisher noch nicht ausgeführt wurde, endgültige Stabilisierung unserer Währung, Ermöglichung von Auslandskrediten durch Schaffung der Vertrauensgrundlage, Sicherung unserer Zollgrenzen, Handelsvertragsfreiheit, — und damit, schon allein durch den Druck der Alliierten und der Amerikaner auf Frankreich, der notwendige Zwang des allmählichen Abbaus der militärischen Besetzung im Ruhrgebiet. Es ist Frage der weiteren Verhandlungen, ob der in London mißglückte Versuch, günstige Handelsvertragsbeziehungen unter dem politischen Druck der Bajonette herauszuholen, künftig gelingt. Der Widerstand der übrigen Mächte gegen eine längere Beibehaltung der militärischen Besetzung der Ruhr kann dadurch verstärkt werden.

Daß das Dawes-Gutachten und die Londoner Beschlüsse auch große Nachteile mit sich bringen, und daß die Belastung für die deutsche Kaufkraft, insbesondere den Konsum und damit den Arbeiter aufs härteste treffen werden, ist vorauszusehen. Die Kommissionen und Kommissare werden viele für das deutsche Prestige harte Prüfungen mit sich bringen. Die Handhaben, insbesondere bei der Eisenbahn, können selbst nach den Londoner Gegensicherungen wirtschaftliche Interessen Deutschlands gefährden. Und trotzdem: in der Gesamtentwicklung gesehen, ist die Annahme der Londoner Beschlüsse der einzig mögliche Weg, das Reparationsproblem in einem für Deutschland günstigen Sinne weiterzuführen. Wird dieser Weg nicht eingeschlagen, so wird man die sichtbaren Tendenzen zur Wiederanknüpfung der Weltwirtschaftsbeziehungen wieder zerstören und diese allerersten Akte wirklicher Friedensbemühungen wieder zunichte machen.

Der wirtschaftliche Inhalt des Londoner Paktes

Von Dr. C. Mierendorff

1. Die Finanzkontrolle (das Abkommen mit der Reparationskommission)

Es ist zu wenig bekannt, daß noch vor Abschluß des eigentlichen Londoner Paktes zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission schon am 9. August ein Spezialabkommen getroffen wurde, um die Durchführung des Dawes-Planes zu sichern. Den Gegenstand des Abkommens bildet neben Bestimmungen über schiedsrichterliche Entscheidung in Streitfällen usw. in der Hauptsache der Teil des Dawes-Berichtes über die Leistungen aus dem Staatshaushalt, die Handhabung des Wohlstandsindex' und das Verfahren, das hinsichtlich der Aufsicht über die verpfändeten Einnahmen gelten soll. Während in den ersten beiden Punkten fast wörtlich der Dawes-Bericht wiederholt wird, zuzüglich eines Zusatzes, daß der Wohlstandsindex einer paritätischen Kontrollkommission unterworfen wird, um seine „möglichst richtige und einwandfreie Berechnung“ (im Statistischen Reichsamt) zu sichern, sind die Aufsichtsbestimmungen über die verpfändeten Einnahmen ganz neu. Sie präzisieren die Formen der „Finanzkontrolle“ und regeln genau das Zahlungsschema.

Jeweils am 20. werden von den wichtigsten Kassen die im Vormonat aus Zöllen und den verpfändeten indirekten Steuern eingegangenen Beträge an den Kommissar abgeführt, aber 1924 und 1925 in vollem Umfang sofort der deutschen Regierung wieder zur Verfügung gestellt. Späterhin behält der Kommissar auf seinem Konto anfänglich monatlich nicht mehr als ein Zehntel, später nur ein Zwölftel der Jahresrate zurück. Davon überweist er ein Zwölftel an den Agenten für Reparationszahlungen, aus dem Rest bildet er einen Reservefonds (100 Millionen). Aus dem Reservefonds deckt man etwaige monatliche Mindereingänge und vor allem sollen daraus etwaige Fehlbeträge des Dienstes der Industrie- und Eisenbahnobligationen sichergestellt werden. Diese Bestimmung ist sehr wichtig; sie bedeutet einen Fortschritt gegenüber dem Dawes-Plan, zumal auch, wenn der Reservefonds zur Deckung dieser Minderaufkommen nicht ausreichen sollte, automatisch von dem Kontrolleur die Differenz von den an die Regierung zurücklaufenden Eingängen aus den verpfändeten Einnahmen einbehalten werden dürfen.

Durch diese wechselseitige Garantie des Zinsendienstes wird die bisher bestehende Gefahr des Verlustes der Reichsbahn gebannt.

Und was geschieht, falls Deutschland auch in den Staatshaushaltsleistungen in Verzug gerät? Zunächst sind die Termine für ein Eingreifen des Kommissars genau geregelt; erst wenn geraume Zeit (3—6 Monate) die kontrollierten Einnahmen eine bestimmte fixierte Grenze überschreiten, erhält der Kommissar erweiterte Rechte. Sie bestehen im Druck auf den Finanzminister, z. B. die Steuerstundungen usw. einzustellen, keine Tarifierabsetzungen vorzunehmen, eine Enquete zu veranstalten usw. Ferner soll die deutsche Regierung zusätzlich weitere indirekte Steuern so lange verpfänden, bis die Einnahmen aus den ursprünglichen Pfändern die Mindestgrenze wieder erreichen. Gehen aber trotzdem die Einnahmen (aus beiden) unter die Mindestgrenze zurück, so macht der Kommissar mit Hilfe des Agenten für Reparationszahlungen Vorschläge zur Behebung. Erst wenn diese versagen sollten, kann eine Abtrennung gewisser Steuerzweige (die den Fehlbetrag verursacht haben) zwecks unabhängiger Verwaltung vom Staat erfolgen. Erst in diesem Augenblick beginnt die eigentliche Finanzkontrolle. Aber auch hier wieder kann die deutsche Regierung an ein Schiedsgericht appellieren.

Von größter Bedeutung ist weiterhin die nunmehr ausdrückliche Bestimmung, daß der Kommissar sich „jeder Einmischung in die Zolltarifpolitik enthalten“ wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß durch die genaue Festlegung der Maßnahmen für alle ausdenkbaren Fälle sehr viele, wenn nicht alle Gefahren abgewandt sind, die in diesem Teil des Dawes-Planes schlummerten. Die Möglichkeit eines Inkrafttretens der eigentlichen Finanzkontrolle ist auf ein Minimum reduziert. Denn die Bestimmungen über die Einnahmenkontrolle verdienen kaum diese viel weitergehende Bezeichnung.

Ludendorffs Ehrenlegion

Von Procurator

In den letzten Monaten konnte man häufig in der kleinen Provinzpresse Mitteilungen lesen, daß dieser oder jener brave Bürger die „Ehrendenkünze des Weltkrieges“ verliehen erhalten habe und zum „Ritter der Deutschen Ehrenlegion“ ernannt worden sei.

Wenn man sich nach dieser deutschen Ehrenlegion und nach den Leuten, die trotz der Verfassung Orden verleihen, näher erkundigte, so konnte man zu den sonderbarsten Feststellungen kommen.

Die Denkmünze wird verliehen von einem „Arbeitsamt“, das sich in Buxheim an der Iller, selbstverständlich in Oberbayern, in einem Schlosse eines Grafen Basenheim angesiedelt hat. Dieses Arbeitsamt ist die Geschäftsstelle einer Korporation, die sich „Ordensrat i. V.“, also „Ordensrat in Vertretung“ nennt; von dort aus erfolgt die Verleihung der Ehrendenkünze und die Ernennung zum Ritter der Deutschen Ehrenlegion. Die Mitglieder des Ordensrates sind in weitesten Kreisen unbekannt, legen auch im allgemeinen keinen Wert darauf, genannt zu

werden. Die Geschäfte des Ordensrates führt ein Ordenskanzler, der früher Hauptmann war und den schlichten Namen Hersing führte, den er später dadurch zu verbessern suchte, daß er dem Krieg etwas anhängte und sich Hersing-Deutschwehr nannte. Die Tätigkeit des Ordensrates ist selbst von einzelnen Verbandsblättern der rechtsstehenden Organisationen stark angegriffen worden. So hat die „Bayerische Kriegerzeitung“, also gewiß kein linksgerichtetes Blatt, einmal festgestellt, daß die Behauptung, daß es sich bei der verliehenen Ehrendenk Münze um den Entwurf des deutschen ehemaligen Kaisers handle und daß dieser den Ordensrat zur Herausgabe der Denkmünze ermächtigt habe, un wahr sei. Das Blatt hat weiter festgestellt, daß sich lediglich eine Anzahl Herren aus eigener Initiative zusammengetan haben und eine Kontrolle über die Tätigkeit des Ordensrates von keiner Seite ausgeübt wird.

Diese Feststellungen sind besonders deshalb von Interesse, weil der Ordensrat die Denkmünze nicht etwa umsonst verleiht, sondern gegen eine „Stempelabgabe“. Er geht dabei durchaus geschäftsmäßig, um nicht zu sagen gewerbsmäßig, vor. In den einzelnen Städten sitzen sogenannte Vertrauensleute des Ordensrats, die, selbstverständlich gegen Erstattung ihrer Unkosten, den Vertrieb der Ehrendenk Münze und die Propaganda übernommen haben. Wer sich würdig fühlt, sein Knopfloch mit dem Ordensband der Deutschen Ehrenlegion zu schmücken, hat lediglich ein unterschriebenes Antragsformular und vor allem natürlich den geforderten Geldbetrag einzusenden. Für diejenigen Tapferen, die versichern, daß sie im Kriege an der Front bei der kämpfenden Truppe gewesen sind, wird der Orden ohne weitere Prüfung, mit einem besonderen Kampfabzeichen, mit Eichenlaub und Schwertern (!) ohne Kostenaufschlag geliefert. Der Orden wird, nach den feierlichen Bestimmungen des Ordensrats, ebenso wie die Kriegsauszeichnungen getragen, selbstverständlich am schwarz-weiß-roten Bande. Ueber die Eigenschaft als Ritter der Deutschen Ehrenlegion wird weiter eine besondere Urkunde vom Ordensrat ausgefertigt und dem Ordensinhaber zugestellt. Der Orden wird hergestellt von einer großen bekannten Juwelierfirma in Berlin, die dadurch an der Verbreitung der Auszeichnung stark interessiert ist. Daß damit keine schlechten Geschäfte gemacht werden dürften, geht daraus hervor, daß nach dem vom Arbeitsamt in Buxheim ausgehenden Zeitungsnotizen die Deutsche Ehrenlegion bereits über 300 000 Mitglieder zählt. Daß der verleihende „Ordensrat“ mit seinem „Kanzler“ und seinem „Arbeitsamt“ sich dabei einen amtlichen Anstrich gibt und den Anschein erweckt, als ob er die Denkmünze im Auftrage einer zwar nicht genannten, aber angedeuteten Person, nämlich der des Kaisers, verleihe, gibt seinem Unternehmen einen eigenartigen Beigeschmack. Geschäfte, die dem Treiben des Ordensrates in manchen ausschlaggebenden Punkten sehr ähnlich waren, pflegte man früher als Ordensschwindel zu bezeichnen und sie beschäftigten nicht selten den Staatsanwalt. Unter den Mitgliedern des Ordensrates findet sich neben hochgeborenen Grafen, Generalen und dem Putschisten Roßbach auch ein Mann, der falsche Titel führt und sich dadurch der Hochstapelei verdächtig macht. Und die schon erwähnte bayerische Kriegerzeitung hat festgestellt, daß zu den Vertrauensleuten des Ordensrates der berühmte vorbestrafte Ordensschwindler Baron de Moser gehörte!

Die Sache wird dadurch nicht besser, daß von seiten des Ordensrates alles geschieht, um seinem Tun einen politischen Charakter zu verleihen, und neben dem anderen auch noch ein politisches Geschäft zu machen. In seinen Werbeblättern gibt er an, daß hohe und höchste Fürstlichkeiten, bayerische und Hohenzollernprinzen, deutsche und auswärtige Potentaten, Feldherrn und Großadmirale die Denkmünze verliehen erhalten haben. Antworten des Kaisers und preußischer Prinzen auf Glückwunschtelegramme des Ordensrates werden als Werbemittel be-

nutzt. Bei den festlichen Versammlungen der Ordensinhaber sind gleichfalls Königliche Hoheiten und Generale vertreten. Ludendorff hat anscheinend so etwas wie das Amt eines Ehrenmarschalls der Ehrenlegion übernommen. Er tritt in den Versammlungen der „Ritterschaften“ als Festredner auf und dekoriert eigenhändig, wahrscheinlich auch „in Vertretung“, die neuen Träger des Ordens.

Die Ritter der Deutschen Ehrenlegion werden je nach ihrer örtlichen Verteilung zu besonderen Organisationen, zu Ritterschaften zusammengefaßt, die nach den Bestimmungen des Ordensrates keinen Vereinscharakter haben dürfen. Die Herren Ritter werden indessen verpflichtet, nach den Ordenssatzungen zu handeln. Statuten, Abstimmungen, Mehrheitsbeschlüsse sind streng verpönt: die Ritter haben den eingesetzten Oberen, den Vertrauensleuten zu parieren. Es ist klar, daß auf diese Weise die gesetzlichen Bestimmungen des Vereinsrechts umgangen werden sollen. Nachdem man harmlose Leute durch das bunte Bändchen eingefangen und „zu Rittern“ gemacht hat, fesselt man sie durch die freiwillige Disziplin des „Ritterordens“ und macht sie gefügig, abhängig und für die politischen Zwecke der völkischen Drahtzieher verwertbar.

Die Sache hat jedoch nicht nur eine innenpolitische, sondern auch eine außenpolitische Seite. Der Ordensrat schickt nämlich seine Werber auch ins Ausland, nach Holland, Skandinavien und Amerika, er hat besonders auch Deutsch-Oesterreich als Arbeitsgebiet ausersehen. In seinen Prospekten wird erwähnt, daß hochgestellte auswärtige Persönlichkeiten die Verleihung der Ehrendenk Münze angenommen haben, so der ungarische Staatschef Horthy und der ungarische Weißgardistenführer Hejas, der russische Abenteurer und Talmifürst Awaloff-Bermond und andere ähnliche mehr! Die Agenten werben nicht nur unter den Auslandsdeutschen für die Ehrenmünze, sondern sie sammeln auch für die bekannten nationalen Zwecke. Auch in Deutschland läßt der Ordensrat sammeln, angeblich für ein Ordenshaus in Bayern, das er zu einem „nationalen Oberammergau“ ausbauen will. Darüber, wie die aus dem Inland und Ausland zusammengestellten Gelder verwendet werden, wird angeblich einer „maßgebenden Stelle“ Rechenschaft abgelegt. Wer diese Stelle ist, wird nicht einmal angedeutet. Vielleicht wäre es empfehlenswert, das geschäftliche und politische Treiben des Ordensrates und der Deutschen Ehrenlegion einmal von Amts wegen unter die Lupe zu nehmen. Es könnte unter Umständen dadurch noch verhindert werden, daß Deutschland sich mit seiner „Deutschen Ehrenlegion-G. m. b. H.“ vor dem Inland wie dem Ausland eines Tages gewaltig blamiert.

Die montenegrinische Frage

Von Hermann Wendel

Die Vereinigung Serbiens mit Montenegro, in welcher Form immer, ist eine notwendige Etappe auf dem Wege der Befreiung der Balkanvölker und nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Entwicklung des armen Berglandes selbst unerläßlich.

„Die Glocke“, III, 39. 29. Dezember 1917.

Das „Berliner Tageblatt“ druckte am 12. Juli d. J. den letzten Artikel ab, den kurz vor seinem Tode der bekannte Fürsprecher der Völkerverständigung, Prinz Alexander Hohenlohe, geschrieben hat; er behandelt „Das Schicksal der Montenegriner“. Diese Arbeit stützt sich nicht auf eigene Untersuchungen Hohenlohes, sei es auch nur vom Krankenbett aus, sondern beruft sich lediglich auf einen Brief des Generals Burn-

ham, des Präsidenten des kanadischen Weißen Kreuzes, den Morels Zeitschrift „Foreign Affairs“ in ihrer Mainnummer veröffentlicht hat. Aber auch wo Prinz Hohenlohe aus eigenem hinzufügt, daß das kleine Königreich Montenegro das tragischste und unverdienteste Schicksal von allen in den Weltkrieg verstrickten Staaten gehabt habe, wo er von „dem unglücklichen Volk der Montenegriner“, von der Vergewaltigung des Landes durch Serbien und von der „serbischen Okkupation Montenegros“ spricht, hat er sich nicht um die ursprünglichsten Voraussetzungen zur Erkenntnis des Problems bemüht, denn seine Darstellung weckt den Eindruck, als gehöre die Crnagora zu den seit 1918 unter grausame Fremdherrschaft geratenen Gebieten Europas. Allzusehr freilich ist Prinz Hohenlohe des höllischen Feuers nicht schuldig, da auch Berufenere als er in diesem Punkt gegen die Sprache der Tatsachen harthörig sind. Hans Delbrück etwa stellt es in seiner neuesten Schrift „Der Stand der Kriegsschuldfrage“ noch immer als ungewiß hin, „ob die Jugoslawen wirklich eine Nation sind“ und meint, daß „Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken, Dalmatiner, Montenegriner“ sehr wenig miteinander gemein hätten; er reiht sich damit den andern deutschen Professoren an, die noch Ende der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Lombarden, Piemontesen, Venetianern, Römern, Sizilianern nichts Gemeinsames zu entdecken vermochten und die italienische Einheit als „Hirngespinnst“ von oben herab abtaten. Wenn das am grünen Holz des wissenschaftlichen Historismus geschieht, läßt sich von einem vorwiegend gefühlsmäßigen Pazifismus nicht mehr erwarten.

Immerhin erkennen auch die Stäubchensieber und Haarspalter, die den Finger an die Nase legend, nachsinnen, ob Serben, Kroaten und Slowenen eine Nation seien, ohne Umschweife an, daß die Bewohner Montenegros dem Stamm, der Sprache, dem Glauben und dem Siedlungsgebiet nach reinblütige Serben sind; von einer „montenegrinischen Nationalität“ oder einem „Volk der Montenegriner“ sprechen, ist genau so sinnvoll, als wollte man eine „lippe-detmoldische Nationalität“ verkünden oder das „Volk der Sachsen-Altenburger“ in Gegensatz zu den Deutschen stellen. Jahrhundert hindurch, als auf der Serbenmasse das schwere Joch der Türkenherrschaft lastete, bildeten die Falken dieses unwegsamen und unzulänglichen Felsenestes, in dem sich die Osmanen nur blutige Köpfe holen konnten, sogar die Vorhut des gesamten Serbentums, und als „Wall der serbischen Freiheit“ wurde der Berggipfel des Lovćen im Lied gefeiert. Was die Serben der Sumadija und der Schwarzen Berge voneinander schied, war einzig der historische Zufall, daß sich im Lauf des neunzehnten Jahrhunderts in Belgrad und in Cetinje je eine nationale Dynastie, dort abwechselnd die Obrenović und Karadjordjević, hier die Petrović, auftrat. Aber da in den sechziger Jahren zum ersten Male der nationale Einigungsdrang der Serben stärker brauste, sah männiglich die Torheit dieser dynastischen Zweiheit ein, und 1866 erklärte sich Fürst Nikola von Montenegro in einem Vertrag bereit, gegebenenfalls durch Thronverzicht zugunsten des Fürsten Mihailo von Serbien der serbischen Einheit den Weg zu ebnen; nach dem Dichterlorbeer seines Vorfahren Peter II. greifend, feierte er gar in Vers und Reim den Zeitpunkt der Befreiung und Einigung des Serbentums, da er selbst seine Krone zu Füßen des serbischen Herrschers niederlegen und vor jenes Zelt Wache stehen werde. Leider klang es in Prosa anders. Eine konzentrierte Säure von Selbstsucht, dachte der Nikola Petrović keinen Augenblick an anderes als seinen höchstpersönlichen Vorteil. Gerissen, wie er war, mußte er erkennen, daß sein Ländchen, noch im zwanzigsten Jahrhundert eine lächerliche Staatsspielschachtel von neuntausend Quadratkilometer Umfang mit zweimalhunderttausend Einwohnern, zu winzig, zurückgelieben und abgelegt war, um je Kristallisationspunkt der mehr als fünf Millionen Serben zu werden. Gleichwohl träumte er lange davon,

einst an der Spitze des ganzen Serbentums zu stehen, suchte mit Ränken ohne Zahl die Stellung der Nachbardynastie zu unterhöhlen und sah, bitter enttäuscht, nach Ausrottung der Obrenović 1903 mit der Wahl des Peter Karadjordjević zum König von Serbien seine Felle davonschwimmen. Auf jeden Fall aber wußte er den Geheimfonds der Großmächte, denen es auf Zersplitterung des Serbentums und weiterhin des Südslawentums ankam, trefflich für die eigene Tasche auszunutzen. Die Türkei streichelte ihn in den fünfziger Jahren gelegentlich dem Fürsten von Serbien zum Leide; Petersburg ermunterte ihn in den siebziger Jahren, sich gegen ein zu enges Bundesverhältnis mit Serbien zu sperren, und sah allezeit in Montenegro sein Schilderhaus auf dem Balkan, und später glaubte die habsburgische Politik des: Teile und herrsche! Cetinje als wertvollen Trumpf gegen Belgrad in Händen zu halten. Wie all das niemals ohne klingende Münze abging, so nahm der Unersättliche auch von dem napoleonischen Frankreich und von dem Italien seines Schwigersohns; er hatte feste Preise und „sparte“ sich vom Herrscher eines der ärmsten Länder des Erdteils zu einem der reichsten europäischen Monarchen empor.

Alles, was im Lande gegen diesen heimtückischen Despoten die Jugend, die Bildung und die Zukunft verkörperte, war nicht nur seinem Schieber- und Willkürregime todfreund, sondern auch für den notwendigen Zusammenschluß Serbiens und Montenegros begeistert; als 1905 endlich auch Cetinje ein Parlament erhielt, verlangte es geflüstert die Benennung Serbische Nationalkupschtina. Aber wie der Selbstherrscher seit jeher unter den Anhängern demokratischer Gedanken fürchterliche Musterung gehalten hatte, so sprang er auch mit denen schonungslos um, die von der Vereinigung mit Serbien zu laut zu reden wagten; die klügsten Köpfe, die feurigsten Herzen, die freisten Stirnen der Crnagora, mit einem Wort ihre besten Männer wurden in die Kerker geworfen, ihres Eigentums beraubt, zu Krüppeln geschlagen und hinterrücks gemeuchelt oder irrten als Flüchtlinge nackt und bloß durch die Gassen des Auslands, ohne daß je ein Humanitätshahn in England oder Kanada nach diesen gehäuften Missetaten gekräht hätte. Aber die Idee der nationalen Einigung war unaufhaltsam auf dem Marsch, und als 1908 der Abzug der Oesterreicher aus dem Sandžak Novi Pazar das territoriale Hindernis für eine Verschmelzung beider serbischer Staaten wegräumte, zwangen sich allerlei Vorbesprechungen und Verhandlungen über eine Annäherung durch die Macht der Umstände auf, wenn das Ziel auch noch in weiter Ferne stand.

Das zweite Jahr des Weltkriegs schuf mit der feindlichen Besetzung Serbiens und Montenegros eine ganz neue Lage. Im Ausland befanden sich nicht mehr nur die Vorkämpfer demokratischer und nationaler Ideen, sondern auch den König hatte das Schicksal unter die Emigranten geschleudert. So schien die Partie für beide gleich, und zwei Mittelpunkte montenegrinischen Lebens bildeten sich im Ausland. In Neuilly bei Paris schlug Nikola mit seinen Schranzen, Lakaien und Spitzeln sein Hoflager auf, und in Genf scharte sich das „junge Montenegro“ um den früheren Ministerpräsidenten Andrija Radović, der wegen seiner fortschrittlichen Gesinnung fünf Jahre in nikolinischen Gefängnissen gesessen hatte; dort verfocht im Stil der Legitimitätsprinzipien von 1815 „Glas Crnagorca“ (Montenegriner-Stimme) die „Souveränität“ der paar Geviertruten Karstbodens, die Montenegro hießen, hier trat „Ujedinjenje“ (Einigung) im Namen des zwanzigsten Jahrhunderts für den staatlichen Zusammenschluß des Ländchens mit Serbien ein; immer wieder wurde dabei dem Fürsten aufs Brot geschmiert, daß er, vom Gold der Mittelmächte gekauft, Ende 1915 den Lovćen verräterisch preisgegeben habe. Nach dem Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns und Deutschlands standen

die Nationalisten eine halbe Stunde früher auf als die Legitimisten; den abrückenden k. und k. Truppen auf dem Fuß folgte ein Aktionsausschuß der Genfer Richtung, „Provisorisches Zentralexekutivkomitee für die Vereinigung Serbiens und Montenegros“ genannt, der am 7. November Wahlen für eine *Velika Narodna Skupština*, eine große Nationalversammlung, ausschrieb. Am 26. November trat dieses Parlament in Podgorica zusammen und nahm einen Beschluß an, der die nationalen und wirtschaftlichen Gründe für eine Vereinigung auseinandersetzte:

Die serbische Bevölkerung Montenegros ist gleichen Bluts, gleicher Zunge, gleichen Glaubens und hat dieselben Bestrebungen und Bräuche wie das Volk, das Serbien und die anderen serbischen Gebiete bewohnt. Sie haben die gleiche glorreiche Vergangenheit, deren Erinnerung sie begeistert, die gleichen Ideale, sie verehren dieselben Nationalhelden, sie haben dieselben Leiden erduldet. Kurz, alles, was ein Volk charakterisiert, ist ihnen gemeinsam. ... Die wirtschaftlichen Interessen Montenegros sind eng mit denen Serbiens und der anderen serbischen Gebiete verknüpft. Getrennt von ihnen, hat Montenegro, dessen Boden zu den ärmsten Gegenden der ganzen Welt gehört, kein Mittel zur Sicherung seiner Unabhängigkeit. Isoliert ist es von vornherein verurteilt, unterzugehen. ... Also heischen die wirtschaftlichen Interessen Montenegros gebieterisch seine Vereinigung mit Serbien und den anderen serbischen Gebieten.

Und also beschloß die Skupschtina einstimmig in aller Form „die Thronsetzung des Königs Nikola Petrović Njegoš und seiner Dynastie“ und „den Zusammenschluß Serbiens und Montenegros in einen einzigen und einigen Staat unter den Karadjordjević, auf daß Montenegro in dem gemeinsamen Vaterland unseres Volkes mit den drei Namen Serben, Kroaten und Slowenen aufgehe“. Das war „das tragische und unverdiente Schicksal“, das nach dem Prinzen Hohenlohe Montenegro bei Kriegsende erlitt.

Aber die Begeisterung der Montenegriner wurde sehr rasch sauer. In der Tat ist die Crnagora eines der unfruchtbarsten und armseligsten Länder der Welt. Wohl hat es Kreise wie Podgorica und Nikšić mit fetterer, ertragreicherer Erde, und am Meer um Dulcigno gedeiht Tabak und Olive, aber weite Strecken sind eine einzige Steinwüste, trostloser, grauer Karst, auf dem kein Halmchen sprießt. Unendliches hätte schon im Frieden geschehen müssen, um die Bevölkerung ökonomisch auf eigene Füße zu stellen, aber der Tyrann Nikola sah kaltblütig der Auswanderung zu, die — eine latente soziale Revolution! — nach und nach dreißigtausend Montenegriner, rund ein Siebentel der Einwohnerschaft vor den Balkankriegen, auf Arbeitsuche in die weite Welt führte. Vollends hatten die drei Jahre feindlicher Besetzung die spärlichen Nahrungsquellen verschüttet, und als die Freiheit kam, sah sie hungernde Menschen vor sich, die nach Brot schrien. Auch alle Golddollarmillionen Amerikas hätten nicht ausgereicht, diesen verwahrlosten, ausgepowerten Erdenwinkel über Nacht in ein Paradies zu verwandeln, aber unter den neuen Verhältnissen geschah nicht einmal alles, was geschehen konnte. Wohl wurden Hunderte von Eisenbahnwagen mit Mehl, Mais, Weizen, Fett, Speck und Zucker nach Montenegro geschickt, aber im übrigen war der Himmel hoch und Belgrad weit. Den Zentralstellen brannten andere Sorgen auf den Nägeln als der Hunger des kleinen, abgelegenen Berglandes; dazu kam das „Javašluk“, das leidige Phlegma des Gewährens und Gehenlassens, das ein halbes Jahrtausend Knechtschaft unter den fatalistischen Türken den südosteuropäischen Völkern eingeimpft hat; endlich fehlte es vielfach wirklich an den nötigen Geldern. So versäumte man es, durch öffentliche Bauten Arbeitsgelegenheit für die vielen müßigen Hände zu schaffen;

so dachte man nicht daran, durch Ausbesserung der verfallenen Straßen Verkehr und Wirtschaft zu beleben; so ließ man in einem Land, das nur wenige Kilometer Eisenbahn hat, die von österreichischem Militär angelegten wertvollen Drahtseilbahnen verkommen und verrotten. Die Kriegswaisen und -witwen klagten, daß der Staat sie dem Elend überantwortete; die Landeswährung, der Perper, wurde gegen Dinar in einem Verhältnis umgetauscht, das viele eine Ungerechtigkeit dünkte, und endlich besorgten, da sich nicht gerade die Blüte des serbischen Beamtentums in diese als Sibirien verschriene Gegend drängte, bestechliche und gewalttätige Amtsvorsteher und Polizeischreiber ein Uebriges, um die Bevölkerung gründlich zu ernüchtern. Wenn in Ländern mit höherer politischer Schulung wie Deutschland verhetzter Stumpfsinn alle schlimmen Folgen der Niederlage dem Wechsel der Regierungsform in die Schuhe schiebt, war erst recht der politisch naive Montenegriner der Argumentation des: *Post hoc, propter hoc!* geneigt. Statt der Nachwirkung des Krieges und einer mangelhaften Verwaltung die Schuld an seinen Entbehrungen beizumessen, sah er vielfach das Aufgehen des Ländchens im südslawischen Staatsverband als Quelle des Uebels an, und den waldursprünglichen Protestformen der Crnagora entsprechend, blieb es nicht beim Raunzen auf den neuen Stand der Dinge, sondern von Hunger und Verzweiflung gepeitscht, schlug sich mancher Montenegriner in die Berge, um als Räuber sein nacktes Leben zu fristen und den verhaßten Behörden mit Flintenschüssen seine Meinung zu sagen.

Diese Banden, wie ähnliche Ursache sie auch in Makedonien auf die Beine bringt, hätten sich aber nie zu der Landplage entwickelt, die sie zu Zeiten waren, wenn nicht der entthronte Nikola ihr großherziger Nährvater gewesen wäre. Lange spielten die Ententeregierungen ihm und Südslawien gegenüber eine keineswegs eindeutige Rolle. Die Kosten der Hofhaltung in Neuilly in Höhe von zweimalhunderttausend Francs monatlich wurden während des Krieges gemeinsam von England und Frankreich bestritten, und Poincaré als Präsident der Republik behandelte den Petrović als seinen „*très cher et grand ami*“. Aber wie später aus dem Buch des Prinzen Sixtus von Bourbon erhellte, enthielten schon die französischen Friedensbedingungen, die im August 1917 dem habsburgischen Unterhändler Grafen Revertera überreicht wurden, die Verschmelzung Serbiens und Montenegros, und als sich der „sehr liebe und große Freund“ im November 1918 nach seinem Königreich aufmachte, wurde ihm von der Regierung Clemenceaus mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht, wenn er Frankreich verlasse. Das war nicht loyal gegen den Gast, der so plötzlich ein Gefangener geworden war, denn der Aktionsausschuß zur Vereinigung mit Serbien hatte so in den Schwarzen Bergen die Vorhand. Allerdings bekam Nikola die bittere Pille mit der offiziellen Versicherung gesüßt, daß Montenegro nach wie vor als „*Etat allié*“ gelte und die einzig legale Autorität im Lande die des Königs sei, und in einer Entscheidung vom 13. Januar 1919 erkannte der Oberste Rat, unbekümmert um den Beschluß der Skupschtina von Podgorica, Montenegro gar das Recht der Vertretung auf der Friedenskonferenz zu und versprach neun Tage später, daß „das montenegrinische Volk“ Gelegenheit haben werde, sich frei über seine künftige Regierungsform auszusprechen. Die Ententemächte behandelten den letzten Petrović auch weiter als rechtmäßigen regierenden Herrscher, zahlten ihm seinen Monatswechsel aus und unterhielten ihre Gesandten an seinem Hof. Das wiederum war wenig loyal gegen den südslawischen Staat, denn so hatte Nikola die Möglichkeit, alle Jeremiaden über verratene Legitimität in die Welt zu senden, die sie nach 1792 aus Koblenz, nach 1866 aus Hietzing vernommen hatte. Ueberdies war es ihm derart ein Leichtes, durch die Schmarotzer, die aus seinen Näpfen gefressen hatten und darum auf seine Rückkehr rechneten, die aus der bürgerlichen

Ordnung ausgebrochenen, in die Berge geflüchteten und gegen die neuen Behörden plänkeldnen Landsleute zu ermuntern und zu unterstützen: wie nach der Einigung Italiens und der Vertreibung der Bourbonen aus Neapel das Räuberhandwerk auf Sizilien, so bekam jetzt die Bandenbewegung in der Crnagora einen legitimistischen Aufputz.

Aber auch zu dieser Finanzierung des Kleinkrieges hätten dem Petrović auf lange Sicht die Mittel gefehlt, zumal ihm im Dezember 1920 endlich auch Frankreich mit Berufung auf den Ausfall der südslawischen Konstituante den Stuhl vor die Tür setzte, wenn nicht seine besten Hilfsquellen in Italien geflossen wären. Der italienische Imperialismus hatte schon lange sein Auge auf die Schwarzen Berge geworfen, die als bequemes Sprungbrett zu einer Eroberungspolitik auf dem Balkan erschienen. Nicht umsonst hatte sich die Dynastie Savoyen durch die Heirat Vittore Emanueles mit einer Tochter Nikolas dem Hause Petrović versippt; nicht umsonst vermittelte eine italienische Dampferlinie den Verkehr zwischen der albanischen und der montenegrinischen Küste des Skutari-Sees; nicht umsonst war einer italienischen Gesellschaft das montenegrinische Tabakmonopol verpfändet. Nach Weltkriegsende aber lag dem italienischen Imperialismus alles daran, daß aus Montenegro ein Pfahl im Fleische Südslawiens werde, mit dem die Rechnung wegen der dalmatinischen Adriaküste noch unbeglichen war. Darum ward die montenegrinische Regierung in *partibus infidelium* zu Rom gastfreundlich aufgenommen; auch nach dem Tode des Exilierten erschien in der italienischen Hauptstadt „Glas Crnagorca“ mit Hofnachrichten wie dieser: Dem Trauergottesdienst am Jahrestag des Hinscheidens des hochseligen Königs Nikola wohnten bei I. M. Königin-Regentin Milena, S. M. König Danilo und Königin Milica, I. Kgl. Hoheiten die Prinzessinnen Ksenia und Vjera usw.; in Gaeta sammelte sich, mit Geld und anderem gut ausgerüstet, eine montenegrinische „Armee“, und im Schatten der Konsulta bildete sich mit stark fascistischem Einschlag das Komitee *Pro Montenegro* mit kaum zweifelhaften Zielen; es spricht nicht gerade für die Objektivität des vom Prinzen Hohenlohe als Gewährsmann bemühten Kanadiers Burnham, daß er der Gründungsversammlung dieses Ausschusses ein Glückwunschtelegramm sandte.

Gegenstand der Entrüstung der britischen und der andern Berichte ist die schonungslose Art, mit der das Räuber- und Freischärlerunwesen unterdrückt wird. Da es sich dabei um ein Stück Bürgerkrieg handelt, lehren die Erfahrungen in Deutschland seit 1918, daß ein *bellum civile* in noch stärkerem Maße als Krieg sonst die gemeinen und grausamen Triebe der Menschenbrust entkettet. Was kann man da von einer Ecke des Balkans erwarten, deren unsentimentale Recken noch vor zwei, drei Menschenaltern dem gefallenen Feind als Trophäe den Kopf, zum mindesten die Nase und Ohren abzuschneiden liebten! Mag in den Greuelmeldungen wie in allem, was durch mündliche Ueberlieferung in einem südlich phantasiereichen Lande zusammengetragen wird, auch viel Uebertreibung stecken, wenn nur ein Zehntel von dem wahr ist, was einander in offener Preßfehden die Regierungsparteien von gestern und heute, Demokraten und Radikale, vorwerfen, so bleibt allzuviel übrig, und wo er von willkürlichen Einkerkierungen und grundlosen Erschießungen der Männer, von perversen Folterungen der Frauen, von wahlloser Zerstörung der Dörfer hört, wendet sich der Freund der Gerechtigkeit und Menschlichkeit mit Recht angewidert ab. Der Bevölkerung Montenegros selbst jedoch erweist er einen schlechten Dienst, sobald er ihre Sache mit der einer rechtens davongejagten, verfaulten Dynastie verquickt, in der Crnagora wieder auf den Kopf stellen möchte, was der November 1918 auf die Füße gestellt hat, oder gar einem fremden Imperialismus die Hasen in die Küche jagt.

Für die montenegrinische „Regierung“ ist der Beschluß der Großen Skupschtina von Podgorica nur eine erzwungene Komödie. Aber inzwischen hat bei zwei Parlamentswahlen unter dem allgemeinen, gleichen und geheimen Recht Montenegro seine Stimme abgegeben. Die Konstituante wahlen von 1920 schienen in etwa die Behauptung der nikolinischen Agenten zu bestätigen, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung nach der alten Regierungsform zurücksehne, denn wenn von 43 370 Wahlberechtigten 28 612 zur Urne gingen und davon in einem Ländchen ohne Fabriken, ohne Industrieproletariat, ohne politische Tradition 15 482, also die Mehrheit, Kommunisten und Republikaner wählten, so war das ein deutliches Zeichen tiefgehender Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime; immerhin ließ sich nicht mit gleicher Sicherheit sagen, ob dieses Votum auch eine Huldigung für die Dynastie Petrović umschloß, denn eine Verordnung der Regierung hatte einer rein montenegrinischen Partei die Listenaufstellung verwehrt. Aber bei den ordentlichen Parlamentswahlen des Jahres 1923 traten die montenegrinischen Föderalisten, zu der sich wohl alle Legitimisten schlugen, mit eigenen Kandidaten auf den Plan, und siehe da! sie erhielten von insgesamt abgegebenen 32 545 Stimmen nur 7912, noch nicht ein Viertel; für Radikale, Demokraten und Landwirtsbündler dagegen, die stramm auf dem Boden der südslawischen Einheit stehen, warfen 18 407 Wähler ihre Gummikugel in die Urne, und wenn neben den 1778 kommunistischen Stimmen auch die Republikaner 2257 Stimmen heimbrachten, so sind auch sie zwar eine antimonarchische, aber streng südslawisch-einheitliche Partei. Daß trotz aller Misere und Unzufriedenheit die Vereinigung mit den andern Südslawen von zwei Dritteln der Montenegriner bejaht wurde, ist eine nicht mehr umzustößende Tatsache.

Das rückt auch das Wesen der montenegrinischen Frage ins rechte Licht. Es ist eine dynastische Frage für die Nachkommen Nikolas und eine Handvoll seiner Leibwächter und Kammerdiener, es ist eine imperialistische Frage für die italienischen Eroberungspolitiker, es ist eine soziale Frage für die Masse der Montenegriner, aber es ist für niemanden eine nationale Frage. Die dynastische Frage wird dadurch erledigt, daß seit dem Fiume-Abkommen zwischen Belgrad und Rom keine Lire mehr für die Propaganda der Petrović springen und die Bandenbewegung der nahrhaften Zufuhr von außen ermangelt; sie ist denn in den letzten Monaten schon stark eingeschrumpft. Durch die italienisch-südslawische Verständigung ist auch die imperialistische Seite des Problems vorläufig ins Dunkel gerückt, denn Rom ist Loyalität gegen den andern Anrainer der Adria zu üben verpflichtet. Aber als soziale Frage wird die montenegrinische Frage in den Belgrader Amtsstuben noch manches Kopfzerbrechen hervorrufen, denn erst wenn der Bau von Straßen und Eisenbahnen Arbeitsgelegenheit schafft und die Bevölkerung an größere Märkte anschließt, wenn die Pflege der Rebe und des Oelbaums in den gesegneten Landstrichen, die Aufforstung des Karstes und die Ausnutzung der vorhandenen Wälder in den ärmeren Teilen neue Erwerbsmöglichkeiten bietet, wenn die Regulierung der Bojana weite Strecken Sumpfes in fruchtbares Ackerland verwandelt, wenn überschüssigen Arbeitskräften die Ansiedlung in der benachbarten Metohija oder auf dem Kosovo Polje Brot gewährt und wenn die heilende Macht der Zeit die bösesten Kriegswunden verharschen läßt, erst dann ist dem Problem beschieden, von der Tagesordnung zu verschwinden.

Sudan und Südamerika

Von Albin Michel

I.

Der Sudan.

In diesem Lande ist ein Aufstand ägyptischer Soldaten ausgebrochen, der sich gegen England richtet und der, wie auch in der englischen Presse zugegeben wird, eine ziemlich ernste Lage geschaffen hat. Damit ist die Aufmerksamkeit auf ein wichtiges und vielleicht auf das interessanteste Gebiet Afrikas hingelenkt worden. Der Sudan, jener Landgürtel Nordafrikas, der die Wüste der Sahara vom tropischen Mittelafrika trennt, war von jeher zwischen Nordafrika und Mittelafrika die Verbindungsbrücke. Wie das Klima des Sudans den Uebergang vom regenarmen Nordafrika zum regenreichen Mittelafrika bildet, so war der Sudan auch von alten Zeiten her das Sammelbecken für die großen Völkerwanderungen, die auch in Afrika, von Nord nach Süd und vom Süden nach dem Norden, vor sich gegangen sind. Im Sudan trafen sich und vermischten sich die nordafrikanischen Völker mit ihren helleren Nuancierungen mit den dunklen Völkern aus dem Mittelpunkt des „schwarzen Erdteils“, hier entstand ein Völkergemisch, wie es wohl nur noch in wenigen Teilen der Erde vorgekommen ist. Die mannigfachen Einflüsse, die schon im Altertum von Europa und Asien aus auf die Völker Nordafrikas einwirkten, drangen in Wellenlinien auch schon bis zum Sudan vor. Dort entstanden auch schon frühzeitig Reiche, die nach den Begriffen, die man für Afrika gelten lassen muß, als ziemlich mächtige und teilweise auch nicht ganz kulturlose Staatswesen angesehen werden müssen. Rind, Pferd, Schaf und Ziege sind über den Sudan weiter nach Süden in das Innere Afrikas eingedrungen.

Der westliche Sudan ist heute unter die europäischen Mächte aufgeteilt, auf neueren Karten erscheint nur noch der östliche oder ägyptisch-englische Sudan, und dieser ist heute ein ägyptisch-englisches Kondominium, ein Land, in dem England und Aegypten gleichberechtigt herrschen sollen, wo auf den Regierungsgebäuden überall zwei Flaggen wehen, die ägyptische und die englische. Ein solches Kondominium, das wir auch bereits einmal in Deutschland hatten, nach 1864 in Schleswig-Holstein, birgt immer gewisse Gefahren in sich, auch hier, wo es sich, wie in Aegypten, um ein Land handelt, in dem, trotz der Unabhängigkeitserklärung, englischer Einfluß noch von überragender Bedeutung ist, wo man also daran gewöhnt ist, die Souveränitätsrechte nicht voll zu besitzen. Die Nationalisten in Aegypten dringen darauf, daß der ägyptische Sudan eine ägyptische Provinz oder ein autonomes Land wird, England aber will seine Rechte im östlichen Sudan auf keinen Fall preisgeben. Hier liegen Gegensätze, die noch lange auf das Verhältnis zwischen England und Aegypten einwirken müssen und die, solange die gesamte Konstellation in den internationalen Beziehungen der Völker keine andere wird, vielleicht nie zur Ruhe kommen. Denn je mehr in Aegypten das Nationalgefühl erstarkt, desto weniger wird man dort geneigt sein, die Ansprüche Englands auf die Mitherrschaft im Sudan anzuerkennen. Aegypten hat einen Teil des Sudans schon in den ältesten Zeiten beherrscht und will diese Herrschaftsrechte schon aus historischen Gründen nicht aufgeben. Weiter hat Aegypten im östlichen Sudan auch recht reale Interessen wahrzunehmen. Die Objektivität gebietet jedoch, anzuerkennen, daß auch England im östlichen Sudan wichtige wirtschaftliche und koloniale Interessen zu verteidigen hat, auf die es kaum ohne zwingende Gründe verzichten kann.

Der ägyptisch-englische Sudan hat eine Ausdehnung von 2 618 000 Quadratkilometer, ist demnach mehr als $5\frac{1}{2}$ mal so groß wie das jetzige

Deutschland. Seine Einwohnerzahl wird auf annähernd 6 Millionen geschätzt. Die Eisenbahnlinien haben eine Länge von 2400 Kilometern, Telegraphenlinien bestehen in einer Ausdehnung von mehr als 7000 Kilometern. Die wirtschaftliche Bedeutung ist zumindest heute noch nicht groß, aber nicht Einfuhr und Ausfuhr, Bodenreichtum und Zahl der Bevölkerung machen die Wichtigkeit des ägyptisch-englischen Sudan aus, sondern seine Lage als Durchgangsland vom Norden in das Innere Afrikas und der Umstand, daß sich der östliche Sudan bis nach Französisch-Afrika und bis nach Britisch-Afrika vorschiebt. Aegypten legt großen Wert auf die alleinige Beherrschung des Sudans, weil nationalistische Träume auf eine Ausweitung der Herrschaft Aegyptens abzielen und vor allem, weil der Sudan das Gebiet ist, in dem eine gründliche Regelung der Fluten des Nils ihren Ausgangspunkt nehmen muß. Am Blauen Nil, gerade im Mittelpunkt des östlichen Sudan, wird ein großer Staudamm angelegt, durch den diese Regelung erreicht werden soll. Daß Aegypten dieses Gebiet nicht gern unter der Mitverwaltung eines anderen Staates und noch dazu einer solchen Kolonialgroßmacht wie England ist, belassen will, kann vom ägyptischen Standpunkt aus verstanden werden.

Aber auch die Interessen Englands im Sudan sind nicht gering, besonders unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß Frankreich sein afrikanisches Gebiet in einer riesigen Weise vergrößert hat. Bei dem Ausdehnungsdrange Frankreichs in Nordafrika mag in England nicht mit Unrecht angenommen werden, daß eine Preisgabe des östlichen Sudan auf nichts anderes hinausgehe, als auf einen Verzicht zugunsten Frankreichs, auf eine weitere Verstärkung der französischen Machtstellung im Norden Afrikas. Schon das Vordringen der Franzosen bis an den Nil im Jahre 1899, bis nach Faschoda, zeigt deutlich, daß diese Befürchtung Englands nicht ohne Berechtigung ist. Weiter wird England seine Rechte im östlichen Sudan nicht aufgeben, weil die Kap-Kairo-Bahn quer durch dieses Gebiet führt.

Der ägyptisch-englische Sudan bedeckt nur eine Fläche, die noch nicht 9 Proz. des gesamten afrikanischen Erdteils ausmacht, eines Erdteils, der heute noch im internationalen Wirtschaftsleben der unwichtigste ist, aber auch der Streit um dieses Gebiet ist nicht ohne Interesse, zeigt uns, wie oft koloniale Fragen und Angelegenheiten der auswärtigen Politik miteinander verzwickelt sind und wie Streitfragen, die ohne jede größere Wichtigkeit erscheinen, doch oft einen recht bedeutungsvollen Hintergrund haben. Derartige Fragen der auswärtigen Politik, die immerhin als solche zweiten und dritten Ranges angesehen werden müssen, ließen sich am besten durch internationale Schiedsgerichte lösen. Solange jedoch noch die Möglichkeit besteht, an die Waffen zu appellieren, solche Angelegenheiten durch Kriege zu entscheiden, unmittelbar aus eigenen militärischen Siegen und mittelbar aus militärischen Niederlagen anderer Mächte Vorteile zu ziehen, solange werden sich große Staaten kaum dazu verstehen können, erworbene Rechte und seien es selbst solche, die das Lebensinteresse der Nation nicht berühren, freiwillig aufzugeben. So wird auch England unter den heutigen Verhältnissen seine erworbenen Rechte im ägyptisch-englischen Sudan kaum aufgeben können. Auch die Arbeiterregierung kann dies nicht tun, und so hat Mac Donald denn auch bereits im englischen Unterhaus erklärt, daß England die ihm vertragsmäßig zustehenden Rechte nicht aufgeben könne.

II.

Südamerika.

Die Revolution in Brasilien, die nun wieder niedergeschlagen scheint, läßt es angezeigt erscheinen, einmal einen kurzen Ueberblick zu geben über jenes bunte Staatengewimmel, das sich südlich der Vereinigten

Staaten von Amerika ausdehnt. Mexiko soll dabei ausgenommen werden, weil dieses Land erst vor kurzem einmal, in Nr. 50 der „Glocke“ vom 12. März d. J., behandelt worden ist.

Alle diese zentral- und südamerikanischen Staaten, von Guatemala im Norden bis nach Argentinien und Chile im Süden, müssen als Gebiete mit außerordentlich großen Zukunftsmöglichkeiten angesehen werden. Welche riesigen Ländermassen dabei in Frage kommen, dafür sollen nur wenige Ziffern angeführt werden. Der Umfang Deutschlands verhält sich zu Brasilien wie 1:18, zu Argentinien wie 1:6,4, zu Bolivien wie 1:3,5, zu Peru wie 1:2,9, zu Kolumbien wie 1:2,5, zu Venezuela wie 1:2,1 und zu Chile wie 1:1,6. Allein die aufgeführten Länder sind annähernd 37 mal so groß wie Deutschland, haben aber nur 59 Millionen Einwohner, wobei es noch recht zweifelhaft ist, ob die einzelnen Länder wirklich so viele Einwohner haben, wie in den offiziellen Statistiken angegeben ist.

Die eigenartigsten Länder sind jene, die auf dem verhältnismäßig schmalen Landrücken gelegen sind, der den nördlichen Teil Amerikas mit dem südlichen verbindet. Das sind die Staaten Guatemala, Honduras, San Salvador, Nicaragua und Kostarika. Diese fünf Staaten nehmen ungefähr vier Fünftel der Größe Deutschlands ein. Die Einwohnerzahl wird in den offiziellen Statistiken mit insgesamt 4,8 Millionen angegeben. Schon sechsmal ist im Laufe der vergangenen hundert Jahre versucht worden, diese Staaten in einen Bundesstaat umzuwandeln, aber stets sind die Versuche auf Errichtung der Estados Unidos de Centro America, der Vereinigten Staaten von Mittelamerika, kläglich gescheitert. Von diesen fünf Staaten muß Kostarika, der an Bevölkerung kleinste Staat, dem ganzen Aufbau nach als der am besten gefestigte angesehen werden. Die Einwohnerschaft von Kostarika, weitaus überwiegend Nachkommen der Spanier, steht auch an Bildung den Bewohnern aller anderen zentralamerikanischen Staaten voran. In den übrigen Staaten Zentralamerikas überwiegen zahlenmäßig die Indianer und die Mischlinge. Nur ein ganz kleiner Teil dieser Bevölkerung kann lesen und schreiben. Zentralamerika ist von der Natur sehr gesegnet und enthält in seinen Bergen noch Erze der verschiedensten Art. Es hat noch riesige Wälder, und der Boden bringt bei einigermaßen rationeller Ausnutzung überaus reiche Erträge. Aber die Bevölkerung ist sehr indolent und neigt immer wieder zur Revolutionsspielerei hin, wobei freilich meistens nur Zaungäste getötet werden, Neugierige, die sich eine Revolution einmal aus nächster Nähe betrachten wollen. Zentralamerika ist stets besucht von hunderten Abenteurern und Kapitalsagenten aus Nordamerika, die in den Bergen nach Gold, Silber, anderen Erzen, nach Erdöl und sonstigen Naturreichtümern Umschau halten, auch die vielen wertvollen Hölzer reizen zur Ausbeute. Es hat schon Zeiten gegeben, wo in Zentralamerika eine regelrechte Minenspekulation im Gange war. Aber alle Versuche zur Ausbeutung der Naturreichtümer scheitern an den Verkehrsschwierigkeiten. Die wenigen und kurzen Stichbahnen können zur Aufschließung noch wenig beitragen. Die Arbeiterverhältnisse sind in allen Ländern Zentralamerikas noch überaus traurig. Ueber den Peon, über den Tagelöhner und Knecht, wird dort im wahrsten Sinne des Wortes noch die Peitsche geschwungen, und recht oft schlägt die Peitsche auch zu.

Wesentlich besser haben sich bereits die Staaten in Südamerika konsolidiert. Gewiß hat es auch dort nicht an Revolutionen gefehlt — so wurden in Uruguay seit 100 Jahren ungefähr sechs Dutzend Revolutionen gezählt — aber im ganzen betrachtet, sind die Zustände in Südamerika doch bereits bedeutend gefestigter als in Zentralamerika. Allerdings brachte der europäische Krieg mit seinen Nachwirkungen auch allen Ländern Südamerikas wirtschaftlich schwere Einbußen. Wie in Brasilien Kaffee, Baumwolle, Kakao, Gummi usw. unverkäuflich blieben, so

konnte Argentinien sein Vieh und seine Gäule nicht verfrachten, in Chile trat in der Salpeterproduktion eine schwere Krise ein, ebenso litten Uruguay, Paraguay, Ekuador, Kolumbien unter der Abschließung von Mitteleuropa. Die Ungunst des geschäftlichen Lebens übertrug sich auch auf die Budgets der Staaten, es vergrößerten sich die Fehlbeträge. Pläne zum Bau neuer Eisenbahnen mußten überall zurückgestellt werden, dafür aber stieg der Einfluß nordamerikanischer und englischer Kapitalmagnaten. Argentinien hat rund 36 000 Kilometer Eisenbahnen, aber nur 6000 Kilometer davon sind Staatsbesitz. Die übrigen Linien gehören Gesellschaften, deren Kapitalien fast ausschließlich aus England stammen. Dabei haben sich die privaten Gesellschaften die besten Linien zu sichern verstanden. Keine einzige Staatsbahnlinie berührt das wirtschaftliche Zentrum des Landes, die Hauptstadt Buenos Aires. Dagegen gehen die Bahnen der privaten Gesellschaften alle von der Hauptstadt aus. Auch in Brasilien sind die besten Bahnlinien im Besitz von Privatgesellschaften.

Während des europäischen Krieges war zunächst die englische Geschäftswelt bemüht, den Markt Südamerikas vollständig für sich zu erobern. In der zweiten Hälfte des Krieges, als auch England eine einzige Werkstätte zur Produktion von Kriegsmaterialien der verschiedensten Art geworden war, konnten die Engländer auf die kommerzielle Eroberung der südamerikanischen Länder nur noch wenig Aufmerksamkeit verwenden, und nun waren es die Nordamerikaner, die den Süden Amerikas mit Waren überschwemmen, die dort Banken gründeten, Industrien schufen, Gelder vorstreckten. Im Handel sind die Nordamerikaner in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay teilweise wieder verdrängt worden, in der Industrie Brasiliens haben sie sich aber so festgesetzt, daß auf absehbare Zeit eine Wiederverdrängung kaum gelingen dürfte. So hat ein Konsortium aus den Vereinigten Staaten in Brasilien Schuhfabriken errichtet, die so groß angelegt sind, daß die gesamte Bevölkerung Brasiliens mit Schuhen versorgt werden kann. Auch in der brasilianischen Gefrierfleischindustrie dominiert jetzt Kapital aus der Union. Dagegen scheinen die Engländer ihren Einfluß in der Gefrierfleischindustrie Argentinien zu behalten zu haben. Häufig wird darüber geklagt, daß die großen Fleischtrusts ihre Macht zuungunsten der Viehbesitzer ausnutzen. Im vergangenen Jahre z. B. waren die Viehpreise in Argentinien so niedrig, daß die Viehzucht unlohnend zu werden drohte. Die argentinische Regierung suchte dem entgegenzuwirken, indem sie nach dem Lebendgewicht für Vieh Mindestpreise festsetzte. Aber die Frigorificos, die großen Fleischfabriken, die England mit Gefrierfleisch versorgen — in einem straffen Trust zusammengeschlossen — ließen daraufhin die Viehmärkte nicht mehr besuchen, und so blieb die Bestimmung ein Schlag ins Wasser.

Noch kann die Krise in Südamerika nicht allgemein als überwunden gelten, aber es regt sich doch überall wieder neues Leben. In allen Staaten Südamerikas, von Kolumbien und Venezuela bis hinunter zur Südspitze des Erdteils werden Pläne zum Ausbau der Eisenbahnen bearbeitet, und bereits wird der Ausbau einer Nordsüdbahn erwogen, die auf einer Strecke von 16 000 bis 17 000 Kilometern New York mit Buenos Aires verbinden soll. Mit den Anschlußlinien von New York nach Kanada würde diese Bahn fast den gesamten amerikanischen Kontinent von Norden nach Süden durchqueren. In großen Massen strömen wieder Einwanderer aus Europa, namentlich aus Italien, nach Südamerika ein, so daß die Regierungen große Ansiedlungspläne durchzuführen gedenken. Amerikanische Großkapitalisten wollen im Norden Perus ein Gebiet kolonisieren und mit Ansiedlern besetzen, das mehr als 42 Proz. der Größe Deutschlands ausmacht.

Ein so fruchtbares Ländergebiet wie Zentral- und Südamerika, das die doppelte Größe des europäischen Kontinents ausmacht, hat noch ganz

gewaltige Möglichkeiten der Entwicklung und wird voraussichtlich den Nahrungsmittelspielraum der Erde noch sehr stark beeinflussen und ausweiten, aber der Traum vieler Auswanderer, dort schon in kurzer Zeit zu Reichtum zu kommen, geht von zehntausend Fällen nur einmal in Erfüllung. Nur robuste und zugleich sehr bewegliche und anpassungsfähige Europäer können vorläufig hoffen, sich in Südamerika eine einigermaßen gesicherte Existenz zu schaffen. Die Länder Zentralamerikas können, von Einzelfällen abgesehen, überhaupt noch nicht als Auswandererländer für Europäer gelten.

Das Tagebuch des Generals Allen

Vier Jahre französische Rheinpolitik

Von G. Beyer (Köln)

Es war im März 1921. Herr Tirard, der Präsident der Rheinlandkommission, hatte die Redakteure des besetzten Gebiets zu einer Konferenz nach seiner Residenzstadt Koblenz eingeladen: es sollte eine große Aussprache über die Klagen der Presse werden, die sich dauernd über Repressalien beschwerte. An dem einen Teil der riesenhaften, quadratisch aufgebauten Tafel saßen die Männer der Feder, an dem andern die Delegierten der Kommission mit einer kriegsstarren Kompanie von Sachverständigen und Hilfskräften, in der Mitte Herr Tirard, der Schöpfer dieser unendlich geschickten Regie. Bald rollten die Wogen des lebenswürdigsten, des schmiegsamsten Französisch über den Hohlraum in den Mitte. Die Presseleute hielten ihre Reden, trugen ihre Beschwerden vor, Herr Tirard hörte sie an und fuhr mit schneidigem Florett dazwischen, wenn „rein politische Fragen“, wie schwarze Soldaten und Besatzungsfragen, von einem Vorwitzigen berührt wurden. Man redete stundenlang — man redete aneinander vorbei. Während dieser ganzen Besprechung saß rechts vom Präsidenten ein auffallend großer amerikanischer Offizier, blaue, blitzende Augen, das braune Gesicht von kühnen Falten durchfurcht. Er redete kein Wort, steinern-unbeweglich hörte er zu. Nur einige Male, wenn von den Lippen des Herrn Tirard eine allzu kühne Floskel des Wohlwollens und der Gerechtigkeit floß, dann zuckte ein ganz feines, spöttisches Lächeln um die Lippen des alten Militärs. Es war der General Henry T. Allen, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee von 1919—1923, seit 1921 als Nachfolger von Noyes auch amerikanisches Mitglied der Rheinlandkommission.

Hat damals jemand geahnt, daß dieser ergraute Soldat, der fast jeden Tag Gast der französischen und englischen Generale war und sie bei sich sah, der jeden Tag in die verborgenen Seelenfesten verantwortlicher Männer der Entente blickte, ein Tagebuch voller Offenheiten und Intimitäten geführt hat? Jetzt ist dieses „Rheinland-Tagebuch“ in deutscher Uebersetzung bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen, — ein Werk, das mit chronologischer Präzision die Hintergründe der großen europäischen Konflikte seit Versailles erhellt. Es ist ein Dokument der französischen Rheinlandspolitik, der Zielsicherheit des französischen Imperialismus, der zum System erhobenen Bedrückung Deutschlands, und es sagt viel mehr als alle diplomatischen Enthüllungen, weil diese Aufzeichnungen ein Freund Frankreichs unter dem Zwang des Selbsterlebens geschrieben hat.

Allen ist ohne Sentimentalität, — ein Amerikaner. Er hat mit den Franzosen gekämpft, er steht an ihrer Seite. Er sitzt mit seinen Truppen in Koblenz, auf Grund der Verträge, des Rheinlandsabkommens. Es gefällt

ihm gut am Rhein; mit allen, zu Tirard, zu den Generalen Mangin in Mainz, Gérard in der Pfalz, zu den englischen Höchstkommandierenden unterhält er die besten Beziehungen. Man besucht sich, man besichtigt Truppen, man tafelt grandios — auf Kosten Deutschlands. Aber am 6. August 1919 schrieb Allen zum ersten Male einen Satz wie den folgenden in sein Tagebuch: „Die Franzosen lassen in der Rheinlandfrage jene Offenheit vermissen, die erwartet werden darf.“ Er erzählt, daß die Generalstabsoffiziere des Generals Mangin offen die Loslösung des Rheinlandes fordern; sie hoffen ernstlich auf eine „Verbrüderung des Rheinlandes mit der rheinischen Bevölkerung“. Er empfindet die Bemühungen der Franzosen, das Rheinland zu beherrschen, „geradezu aufdringlich“ und berichtet, daß General Gérard, der Befehlshaber in der Pfalz, offen eine „Pfalz-Republik“, eine „Republik Mainz“, eine „Republik Köln“ propagierte. Auch Poincaré sei dafür, aber „er setze sich nicht offen dafür ein, weil eine solche Erklärung bei Lloyd George und Wilson unerwünschten Eindruck machen müsse“. (29. August 1919.) Am 27. April 1920 verzeichnet Allen bemerkenswerte Äußerungen des Generals Dégoutte, der damals französischer Truppenführer am Rhein war: „ohne offen die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen zu befürworten, ist er doch ein Anhänger der napoleonischen Politik, Deutschland in kleine Staaten zu zersplittern“.

Als Allen amerikanischer Delegierter bei der Rheinlandkommission war, gewinnt er immer tieferen Einblick in die Methoden französischer Politik. Und er wird immer zorniger. Er wendet sich gegen die Beschützung des Separatisten Smeets, weil das eine Uebergang und Vergewaltigung der deutschen Justizhoheit sei. Er sieht in den Konferenzen, die Tirard mit Vertretern von Handel, Gewerbe und Industrie des Rheinlandes abhält, nur „Einwirkungen zugunsten des Separatismus“. (14. Dezember 1921.) Die „Fanfaren des Siegers“ blasen ihm zu aufdringlich. Am 22. Dezember 1922 schreibt er:

„Kurz, in Frankreich herrscht die Angst vor, und ich möchte hinzufügen, daß die französische Rheinlandpolitik an die Kriegstaten Ludwigs XIV. und Napoleons erinnert“

Von der Kunst der französischen Verhandlungsdiplomatie gibt Allen folgende treffende Charakteristik:

„Unsere Erfahrungen mit den Franzosen haben zu oft gezeigt, daß ein Kompromiß bei ihnen kein Abschluß einer Frage, sondern nur die Erreichung eines Zieles bedeutet, das zur Erreichung des Endzieles später ausgenutzt werden kann“

Mit größter Schärfe wendet er sich gegen die Aufbauschung der Waffenfunde in Deutschland, wobei er sich auf Nollet beruft:

„General Birham bestätigt, was viele von uns schon wissen, daß Deutschland entwaffnet und unfähig ist, Krieg zu führen, da es weder Mittel noch Geschütze hat. Er spricht damit auch in Nollets Sinn, doch die französische Presse fährt fort, jeden kleinen Waffenfund, der von der Kontrollkommission berichtet wird, aufzubauschen und führt ihn zum Beweis an, daß Deutschland noch nicht entwaffnet ist. Er hält die Londoner Polizei für besser imstande, Krieg zu führen, als die Reichswehr (19. Mai 1922.)“

Aus dem Militär Allen wird ein Politiker, der nicht nur von der Koblenzer Perspektive die Wurzel der europäischen Konflikte überblickt. In der französischen Machtentfaltung am Rhein erkennt er auf einmal die Ziele des französischen Imperialismus, der die Macht des Militarismus weiter über die Grenzen der Verträge zwingen will, um den besiegten Gegner zu schwächen. Er klagt ihn an, „in aller Stille Truppen ins

Rheinland zu schaffen, die von dem verarmten Deutschland bezahlt werden müssen“. Mit systematischer Sicherheit sagt er den Ruhr-Einmarsch voraus. Am 29. September 1921, eineinhalb Jahre vor der französischen Aktion, verzeichnet er folgende Äußerungen des Generals Dégoutte:

... daß — wenn Frankreich nicht wiederaufgebaut würde und seine Reparationssummen gemäß dem Versailler Verträge nicht erhalte — Deutschland Wälder, Fabriken, Bergwerke nötigenfalls beschlagnahmt und von deutschen Arbeitern unter französischen Aufsehern ausgebeutet werden müßten.

Der Einmarsch kommt, im Januar 1923. Die „friedlichen Ingenieur-Kommissionen“ tragen Kanonen und Tanks. Bradbury, das englische Mitglied der Reparationskommission, die ihre Aktion mit der Nichtlieferung von Kohlen und Holz begründete, sagt am 7. Januar 1923 zu Allen: „Seit den Tagen des Trojanischen Pferdes ist Holz nie wieder zu solch einem bössartigen Vorwand verwandt worden.“

Was für diesen General immer wieder einnimmt, ganz abseits von seiner politischen Haltung, ist die Warmherzigkeit, das helle Auge für die Leiden des rheinischen Volkes, das so „zahlreich, kraftvoll und ganz deutsch ist“; das an den Sonntagen singend seine Not vergißt. Er organisiert in Koblenz Speisungen für die Armen; er tritt zu den deutschen Beamten des Reichskommissariats in ein Verhältnis, das auf Mitverstehen beruht. Als Allen mit den amerikanischen Truppen auf Befehl seiner Regierung im Februar 1923 Koblenz verläßt, sagt der deutsche Reichskommissar Fürst Hatzfeldt, daß die Amerikaner als Feinde gekommen seien und als Freunde scheiden — „was ein seltener Fall in der Geschichte wäre“. Damit schließen Allens Aufzeichnungen. Seine erste Tat nach seiner Rückkehr ist, die „Allen-Drive“ zugunsten Millionen armer deutscher Kinder zu organisieren und Millionen dafür zu sammeln. Und dann sein „Tagebuch“ herauszugeben, die Rechenschaftslegung eines graden Mannes, dessen nüchterne Wahrheitstreue überzeugender wirkt, als die Künste von tausend dialektisch geschulten Zungen. Allen hat das bisher wichtigste Buch über den Herzpunkt europäischer Politik, den Kampf am Rhein und um den Rhein, geschrieben, und es redet für Deutschland. Seine Abweisung des rheinischen Separatismus, der von den Franzosen beschützten „Freiheits“-Bewegung ist gleichzeitig ein Dokument von durchschlagender Beweiskraft dafür, daß die rheinische Sozialdemokratie recht daran tat, zuerst und in vorderster Front den geplanten Einbruch in Deutschlands Einheit zu verhindern.

Trotz allem: liest man dieses Buch, so hat man zuletzt ein niederdrückendes Empfinden. Viele deutsche Militärs und Diplomaten haben Lebens- und Kriegserinnerungen geschrieben, die Hindenburg, Ludendorff, die Tirpitz, Hoffmann und Lettow-Vorbeck. Wo ist das Buch eines deutschen Kriegsmannes, das an innerer Würde, an Gerechtigkeitsliebe, an Weite weltpolitischen Denkens an die Betrachtungen Allens heranreicht? Wie frei ist Allens „Tagebuch“ von eitler Selbstgerechtigkeit, von Siegesübermut; wo ist darin ein Wort von der Steife des Gamaschenknopfs, des Glückes am Uniformflitter? Dieser Mann hat sich die ganze Kindlichkeit eines Amerikaners im grauen Kopf bewahrt. Glücklicherweise, „über den Dingen“ im verrückten, vom Nationalitätenkampf zerrissenen Deutschland zu stehen, ist er ein Mensch in seiner Güte geblieben. Wer in seinem Antlitz gelesen, kann die verzerrten Grimassen derer um Ludendorff nie mehr ertragen.

Zum 28. August 1924

Von Wolfgang Goetz

Vor hundertundfünfzig Jahren zog auf sehr unmythischem Wege einer unter dem Geläute der Glocken in die alte Kaiserstadt Frankfurt ein, um in dreiundachtzig Jahren wahrhaft die Pyramide seines Lebens, eines Menschenlebens überhaupt zu höchst zu spitzen. In Europa sind nur zwei noch, die ihm an Größe gleich kommen: Lionardo und Plato. In Asien mögen noch zwei oder drei Menschen gelebt haben, die sich neben ihn wagen dürfen, insofern wir Abendländer je zu ihren tiefsten Tiefen zu dringen vermögen.

Zwischen diesem Gipfelpunkt der Menschheit und seinem Volk, dessen Sprache er sprach, ist eine innige Beziehung nicht hergestellt, hierüber dürfen wir uns einem Zweifel nicht hingeben. Wo sind die Gründe für diese so unverständliche wie tragische Fremdheit zu suchen? Ganz gewiß ist in erster Linie die geistige Trägheit und, in ihrem Gefolge, das andere Nationalaster der Deutschen, die Undankbarkeit zu nennen. Im Lande der Dichter und Denker setzt man sich gerne mit dreißig Jahren zur Ruhe und die geistigen Bedürfnisse werden bestenfalls mit Durchschnittsware befriedigt. Und da ist ein Wort, dessen Erzeuger entweder ein Narr oder ein Verbrecher war, nämlich das so verwünschte wie dumme: Goethe ist schwer. Man kommt auf den Gedanken, daß es von Düsternissen geprägt wurde, denen die lichten und freien Ideen des alten Heiden recht unerwünscht scheinen mögen. Der Deutsche ließ sich das, wie so unendlich vieles, gern und fröhlich einreden.

Eine unschuldige Schuld trifft auch die Goethe-Philologie, die auf der anderen Seite viel zu viel geschmäht wird. Sie hat bei allem hohen Verdienst, das mit vollem Recht nichts noch so Kleines an diesem vorbildlichsten Leben als zu klein rechnete, dennoch durch die unsägliche Fülle von Analysen, Kommentaren, Biographien, „Goethe und“-Schriften einen Wall vor der Quelle des Heils aufgebaut, der den Leuten undurchdringlich scheint. Ihn für ein Nichts zu achten und ihn zu überspringen, ist ein zu einfacher Gedanke, als daß viele darauf kämen. Dieser Bücherhauf macht stutzig, und der Durchschnitt fühlt sich in seiner Trägheit angerührt: wenn so viele und so gelehrte Leute sich den Kopf zerbrechen, so würde er sicherlich gleich gar nicht zu Rechte kommen, eine trügerische, aber begreifliche Ausrede. Es ist seltsam, daß ein Volk, das aus so viel tüchtigen Individualitäten, wie kaum ein anderes, besteht, den Mut zum Selbst so wenig besitzt und ständig des Mitlers bedarf. Nun kann man gewiß sagen, daß die Goethe-Interpreten ihr redlichstes tun, aber man weiß nicht, ob man lachen oder fluchen soll, wenn man bei dem sonst recht braven Bielschowsky liest, daß nur der den eigentlichen Genuß an Goethes Gedichten haben kann, der ihre Entstehungsgeschichte kennt. Ein Irrtum ist um so gefährlicher, wenn er ein Fünkchen Wahrheit enthält; denn ganz selbstverständlich ist es ein Genuß besonderer Art, wenn wir in die geheime Werkstätte des Genius blicken dürfen, nur daß dieser Genuß mit dem Genuß eines dichterischen Kunstwerkes schlechterdings nichts zu tun hat.

Endlich hat man das werktätige Volk von Goethe abgedrängt mit dem Schlagwort, Goethe sei ein Fürstendiener gewesen. Selbstverständlich war er ein Diener seines Fürsten, der als einer der ganz wenigen diesen Namen tragen durfte, und es mag freilich heutzutage als mannhafter angesehen werden, nach empfangener Wohltat ohne Gruß und Dank den Rücken zu kehren oder bei dem ersten Zusammenstoß das Feld kampflös und unlustig zu räumen. Denn ein stetiger Kampf zwischen dem leidenschaftlichen und eigensinnigen Karl August und

seinem Dichter war diese seltsame Freundschaft. Goethe aber hielt aus und schenkte Treue um Treue, so oft auch die Klage und Sorge mehr oder weniger laut wurden. Als der fürstliche Freund ihm genommen wird, da gräbt sich der Greis in die undurchdringliche Einsamkeit der Dornburg ein, und was er dort durchdrungen hat, das können wir nur ahnen. Und allzu fürstendienerisch ist nun eben auch nicht, wenn der Staatsminister Geheimde Rat von Goethe Exzellenz die kleine Fabrikarbeiterin in sein Haus nimmt, sie gesellschaftlich durchsetzt und endlich zur Frau Geheimrätin macht. Man stelle sich nur einmal eine Duodezresidenz um die vorletzte Jahrhundertwende und den Klatschsud darin vor, und schlage an seine Brust, ob man diesem Wogenprall von Schmutz standhalten würde, wenn man zehnmal Goethe wäre.

Aber nicht nur, wenn ein „kleines Naturwesen“ mit der Fülle jugendlicher Reize aufwartete, war dieser Mensch geneigt, dem Volke nahe zu sein. Die Harzreise im Winter unternimmt er, um einen menschen scheuen Sonderling herauszureißen aus seinem verderblichen Netz. Dem Peter im Baumgarten, dem Philipp Seidel, dem braven Götze hilft er, wo er nur kann, fördert sie und besorgt den treuen und tüchtigen Seelen angesehenen Stellungen, und so der Reihe nach, bis er, ein Greis schon, noch den alten rührenden Saufaus Stadelmann mit Teilnahme belehrt, und auf der Reise herrscht zwischen Herr und Diener ein nahezu kameradschaftliches Verhältnis.

Ihm war keiner zu klein, jeder schien ihm der lebhaften Beachtung wert. Nur eines verlangte er unerbittlich: daß der andere tätig, daß ihm die Welt nicht stumm sei. Wer das nicht vermag, der trifft auf einen eisigen, zugeknöpften Geheimrat.

Dieser Geheimrat, dieser „steife Olympier“, nun ist vor allem eine jener weitverbreiteten Lügen, die den Deutschen von seinem Genius abschrecken. Denn der junge Stürmer und Dränger hat sich schon mehr der Herzen gewonnen. Aber so wundervoll das Brausen der Freiheit im Götze — freilich in ganz anderem und faßlicherem Sinne als etwa bei Schiller —, ein so vollendetes Kunstwerk, unsterblich, weil jeder Mensch diese Epoche erleben muß, der Werther ist: es gilt, den nachitalienischen Goethe zu erobern. Die neunziger Jahre sind nun freilich die Jahre des Unmuts, veranlaßt, aber auch wundervoll durchlichtet von eben dem kleinen Naturwesen Christiane. Man versteht den Heimgekehrten nicht mehr. Nur der eine, sein Gegenpol, der noch eben mit seinem Sturm- und Drangruf den Unmut Goethes erregt hatte, Schiller, begreift ihn. Und die zwei Menschen, die unter anderen Umständen erbitterteste Feinde werden mußten, schließen den seltsamsten und vornehmsten Bund, den wir kennen. Beide fest auf den eigenen Füßen, hüten sich, die Bezirke des andern zu stören. Beide drängen in sich das Fremde des andern beiseite, und wo der gewöhnliche Sterbliche ein kaltes Nein gerufen hätte, klirrt überwindend zweistimmig ein hellstes Ja zum deutschen Himmel, wahrhaft eine Ueberfreundschaft. Aber Goethe bleibt einsam, der Waffenlärm der Romantiker zieht die Aufmerksamkeit auf sich und der Kanonendonner von Austerlitz und Jena brüllt noch viel mächtiger. Erst mit dem Faust, dessen unnachgiebiger Anreizer den Freund schon lange verließ, beginnt sein Ruhm, und nun immer gewaltiger, zu steigen. Besuch um Besuch drängt heran. Der Arbeitsame weiß sich kaum noch zu retten. Was wunder, daß er kühl abwartet, ob der oder jener etwas bringe. Die Abgewiesenen schreien lauter als die freundlich Aufgenommenen. Und endlich nähert sich bescheiden, brav und rührend der Mann, der das Bild des alternden Weisen so sonderbar verzeichnete, Johann Peter Eckermann. Er hat den spätesten Goethe gesehen, wie er, als eine so durchaus subalterne Seele, sehen konnte, und sein Verdienst soll ihm nicht geschmälert werden. Allein, so wundervolle Worte in seinen berühmten Gesprächen uns aufbewahrt sind, letzten Endes ist

dieser Eckermannsche Goethe ein etwas überlebensgroßer Professor, der sehr viel weise und tiefe Worte von sich gibt, aber völlig unlebendig ist, wahrlich Geheimrat, wahrlich Olympier. So sah der deutsche Mensch hundert Jahre hindurch Goethe. Hätte der Deutsche sich die Mühe genommen, die andern Zeugen zu vernehmen, er hätte ganz andere Gestalt geschaut. So ist Eckermann ein gefährliches Hindernis für das Verständnis des „alten Merlin“. Der war nicht lehrhaft, der war im Gegenteil wie sein ganzes Leben ein Lernender, ein heiterer, ja schelmischer, ein gütiger Greis, ein Unermüdlicher, der selbst, da der Tod ihn hart antritt, die namenlose Angst der Kreatur überwindet und das Phänomen studiert.

Was an Dämonien in ihm wogt, das vernehmen wir nur selten. Aber erschütternd berichtet uns Kräuter, wie wir aus dem köstlichen Jahrbuch der Sammlung Kippenberg kürzlich erfahren durften, von dem Einsamen, wie er Worte vor sich himmurmelt, sich selbst zur Ruhe mahnend. Von den Qualen beim Tod der — man rede doch, was man wolle — heißgeliebten Frau, beim „Ausbleiben“ des Sohnes und bei seines Fürsten Heimgang wissen wir so gut wie nichts. Was dies alles in ihm erregt haben mag, können wir an der Marienbader Elegie des liebenden Siebzigjährigen von weitem ermessen.

Denn das Glückskind Goethe ist auch eines jener verantwortungslosen Schlagwörter, mit dem man Neid oder hoffnungslose Verstumfung weckt und so das Volk von seinem Heilbringer abhält, sagen wir nur, abhalten will. Was er litt, hat ihm ein Gott zu sagen gegeben; doch erkennen wir die Größe seiner Glücksarmut nicht nur an dem, was er aussprach. Sein ganzes Riesenwerk nur kann es uns veranschaulichen. Jedoch er flüchtete nicht, wie der bequeme Mensch, in seine Arbeit, sondern er warf sich mit aller Inbrunst, mit offener Brust mitten ins Leben, und so in rastloser Hingabe erfocht er einen Sieg, wie keiner vor ihm und nach ihm, und wurde zum Vorbild, zum Segen, zum Heiland.

Oder, beschränken wir uns bitter, er könnte es werden, wenn sein Volk ihm naheiferte, wenn sein Volk mit ihm ginge, wenn es ihn nicht beiseite stehen ließe, den großen Einsamen, der sich doch so verzweifelt gegen Einsamkeit gewehrt hat. Sein Schaden ist es nicht, wohl aber der unsere; Es wollen ganz Dumme uns gar einreden, er möchte doch ein wenig mehr um unsere Gunst buhlen. Wir freuen uns, daß er, wahrhaft Olympier, warnend droht und sich anzeigt mit Zeichen, so mächtig, daß unendlich viele sie gar nicht vernehmen, wie wir armen Menschen das Brausen der Gestirne nicht hören können.

Und ist doch so kinderleicht, ihm zu nahen. Er fordert nicht, wie anderwärts, Glauben, nicht einmal Hingebung fordert er oder gar verstummendes Urteil. Er will nur ein offenes Herz, nicht einmal ein reines heischt dieser Kenner der Höhen und Tiefen.

So nehmt doch, Deutsche, von diesem ungeheuren Reichtum, sättigt, nährt und kräftigt euch an ihm. Werft auf das Panier mit dem fünf-zackigen Stern und Goethe sei das Feldgeschrei. Ist es wahr, daß neulich in Weimar ein abgründiger Narr gesagt hat: Welch ein Weg von Goethe zu Ludendorff! Wo ist euer Zorn, Deutsche? Wo war Ihr Zorn, Herr General, wenn dies Wort wahr ist? Ihre Faust wäre mit Recht auf den Tisch niedergeworfen und Ihr Säbel hätte zu Recht auf den Boden gestoßen. Ihr aber habt gelacht, Deutsche! Verlegen habt ihr gelacht, weil ihr ein schlechtes Gewissen habt, weil ihr, ob ihr den Krieger nun bekämpft oder bejubelt, nicht ahnt, welcher Verderb, welche Entwürdigung deutschen Geistes in solchen Worten liegt, ganz gleich, ob die Verdienste des Generals riesengroß oder winzig klein sind. Weil ihr die eurem Höchsten und Eigensten ange-tane Schmach solchen Wortes nicht ermessen könnt, darum habt ihr gelacht, anstatt daß Schmach und Zorn auf eurer Stirn blutrot kochten!

Da heute vor hundertundfünfundsiebzig Jahren einer unter dem Geleite der Glocken in Frankfurt einzog, scherzte der Gott und ließ um etliches die Frage offen, ob dies Kindlein länger als ein paar Atemzüge die Luft einsaugen möchte, bis der Großmutter Ruf: Rätin, er lebt, die mütterlichste aller Mütter lächeln machte, lächeln für ein ganzes, gesegnetes Leben. Und hätte sich die Textorin weinend abwenden müssen von der Wöchnerin...? Hütet euch um der Seele eures Volkes willen, daß es heutzutage nicht viel anders aussähe in dieser Welt. Ein jeder von euch trägt die Verantwortung. Keine Mauer trennt euch von dem Einzigen. Nehmt, rafft, scheffelt seinen Reichtum und der friedlichste Sieg über die Welt ist euer.

Denn nur bisweilen scherzt der Gott.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Ist unsere Industrie konkurrenzfähig? Das industrielle Deutschland der Vorkriegszeit hat sich seinen Platz an der Sonne in mühseligem Ringen, doch begünstigt von besonderen Umständen, erkämpfen können. Nach dem spekulativen Aufstieg der Jahre nach 1870 kamen für unsere junge Großindustrie zwei bittere Jahrzehnte. Eine harte Krise gab den damaligen Wirtschaftsleitern manche harte Nuß zu knacken. Sie spornte sie an, wirtschaftsorganisatorisch und arbeitstechnisch mit sichtbarem Bemühen ihre Betriebe zu verbessern. Es waren Jahre, die nach Werner Sombart ohne lyrischen Schwung, ohne spekulativen Rausch verliefen, „in denen aber wiederum um so mehr gerechnet und gearbeitet wurde und in denen die Technik die größte Vollkommenheit erfährt“. Uns scheint, daß die Eigenschaften, die nach Sombart den grandiosen Aufstieg der deutschen Industrie gewährleisteten, unseren Industriellen von heute täglich in die Ohren geschrien werden müßten.

So sehr auch die heutige Krise derjenigen von vor 50 Jahren zu ähneln scheint, so bestehen doch himmelweite Unterschiede in den Ausichten von damals und heute. Der Weltmarkt von ehemals bot Raum nach jeder Richtung. Massenproduktion und Volksbedarf, diese beiden sich ergänzenden Dinge standen erst noch in den Anfängen ihrer Entwicklung. Der tüchtige Kaufmann fand in allen Erdteilen jungfräulichen Boden; aufstrebende Kulturen, Warenhunger, wohin man blickte. Industrien, wie die Elektrizität, die Telegraphie u. a. befanden sich noch in den Anfangsstadien ihrer Entfaltung. Schöpferische Köpfe, wie Emil Rathenau oder die Siemens, wurden überall mit offenen Armen empfangen. In Rußland, Oesterreich, Italien, Spanien und anderen Ländern übergab man ihnen bereitwilligst Konzessionen zur Errichtung von Elektrizitätswerken, zum Bau von Straßenbahnen usw. Die Produktionsbetriebe daheim waren manchmal nur mit Mühe in der Lage, diejenigen Produkte fertig zu stellen, die draußen verlangt wurden. Mittels im Auslande angelegten Holdinggesellschaften und mit Hilfe ausländischer und deutscher Banken war es der deutschen Industrie möglich, die Kapitalmärkte der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen. Kredite wurden ihnen bereitwilligst erteilt, sahen doch die ausländischen Kapitalgeber überall schöpferische Initiative. So wirkten mehrere günstige Umstände an jenem gut und sicher fundierten Aufstieg der deutschen Wirtschaft, wie sie in den letzten Friedensjahren vor unseren Augen stand.

Die Welt hat sich geändert. Tore, die ehemals weit für den Einzug deutscher Waren offenstanden, sind heute vollständig verschlossen. Von den lähmenden Einwirkungen eines verlorenen Krieges ganz abgesehen, türmen sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Der Krieg

peitschte die Industrialisierung selbst in den entferntesten Ländern. Auf sich selbst gestellt, teilweise von den alten Bezugsländern vollständig abgeschnitten, suchte jeder Staat durch die Errichtung eigener Industrien sich unabhängig zu machen. An Stelle von Waren führte man Werkzeugmaschinen ein, mit dem Ziele, die Waren selbst herzustellen. Junge Industriestaaten wie Japan, Kanada, Australien blühten auf und eroberten mit Leichtigkeit Absatzmärkte, die von den europäischen Ländern nicht beliefert werden konnten. Von dem größten Industriestaat der Welt, Nordamerika, ganz zu schweigen. Mit guter und billiger Stapelware überschwemmte Onkel Sam die halbe Welt, dieweil Europa sich wegen Lapalien verblutete. Die Nachkriegszeit hat die Tendenz des geschlossenen Handelsstaates, das Bestreben, sich in jeder Beziehung unabhängig zu machen, verstärkt. Und es scheint, als sollten erst empfindliche Rückschläge die Erkenntnis verbreiten, daß es besser ist, Spezialartikel aus dem Auslande zu beziehen, als sie im eigenen Lande unter erheblichen Opfern selbst zu erzeugen. Doch sei dem wie ihm sei: für die deutsche Industrie steht das harte Problem noch zu lösen, sich trotz der übernatürlichen Schwierigkeiten durchzusetzen, den deutschen Waren Absatzmärkte zu erschließen, ein überindustrialisiertes Land von 60 Millionen Menschen zu ernähren. Wie ist hier die Situation?

Zuerst haben wir die Feststellung zu machen, daß das Ausland nicht nur in der Menge, sondern auch in der Qualität seiner Industrieprodukte riesige Fortschritte aufzuweisen hat. Amerikabesucher berichten von Wunderdingen technischer Entwicklung. Ihre Berichte lesen sich wie Traumbilder. Die große britische Ausstellung in Wembley ist eine Manifestation des britischen Imperiums. Sie ist der Ausdruck des lange genährten Bestrebens, die Wirtschaftseinheit des Imperiums darzutun; ein sich selbst genügsames Ganzes, in dessen Grenzen nicht nur nicht die Sonne untergeht, sondern wo auch alles erzeugt wird, was zum menschlichen Leben notwendig ist. Doch auch in technischer Hinsicht soll die britische Ausstellung auf der Höhe stehen, sie soll von riesigen Fortschritten des letzten Jahrzehnts zeugen, von technischen Fähigkeiten, wie sie bei uns heute kaum zu verzeichnen sind.

Das alles sind Dinge, die die Schwierigkeiten unseres Aufstiegs grell beleuchten. Was haben nun unsere Wirtschaftsleiter bisher getan, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen? Es ist leider noch sehr wenig wahrnehmbar, was als befreiende Tat anzusprechen wäre. Von der so viel gerühmten Initiative des deutschen Unternehmertums ist noch sehr wenig zu spüren. Es war ein Fehler, daß unsere Wirtschaftskapazitäten sich zehn lange Jahre hindurch der rauhen Luft des freien Wettbewerbs auf dem Weltmarkte entziehen konnten. Sie konnten sich auf dem Faulbett der Kriegswirtschaft und der Inflation recken und waren der ehernen Notwendigkeit enthoben, ihre Betriebe zu modernisieren. Die Waren wurden ihnen aus der Hand gerissen, selbst an Schund war Geld zu verdienen. Jahre hindurch konnten Löhne gezahlt werden, die nur einen geringen Bruchteil des Friedenslohnes, in Gold gerechnet, darstellten. Aus öffentlichen Mitteln wurden zur Verbilligung der Lebensmittel usw. riesige Summen aufgewandt, die letzten Endes den Unternehmern zugute kamen. Es prägten sich Begriffe vom deutschen Dumping, gegen die sich jeder Staat zu schützen habe. Und als diese Herrlichkeiten mit dem Zusammenbruch der Inflationswirtschaft ihr Ende nahmen, da zeigte sich gähnende Leere.

Was Walther Rathenau gepredigt hatte, wurde in den Wind geschlagen. Seine Gedanken von der Normalisierung und Typisierung der Produktion, von der planmäßigen Durchorganisation des aufgeblähten deutschen Wirtschaftskörpers wurden verlacht. Man fühlte sich über solche Dinge erhaben, wo der Segen des Profits so reichlich aus allen Himmeln sprudelte. Und doch sind die Gedanken Rathenaus gerade heute

so aktuell, bieten sie den einzig richtigen Ausblick aus der Krise. Dr. R. v. Ungern-Sternberg hat letztes im Berliner Tageblatt einen instruktiven Artikel veröffentlicht, der die Gedanken Rathenaus, auf die heutige Zeit angewandt, in sinniger Weise weiter spinnt. Statt solche Ideen aufzugreifen und sie konsequent durchzuführen, verfiel man auf die so bequemen Mittel Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit. Jetzt setzt man dem die Krone auf, indem man sich für industrielle Schutzzölle einsetzt. Mit diesen primitiven Mitteln schickt man sich an, die Welt zu erobern, wo konstruktive Gedanken technischer und organisatorischer Art am Platze wären. Die deutsche Industrie von heute kann nicht den Anspruch erheben, in allen Teilen konkurrenzfähig zu sein. Möge man die geistigen Kräfte mobilisieren, die im deutschen Volke sicher vorhanden sind, möge man das Heil nicht in hohen Profitraten sehen, sondern in der Verbesserung des Produktionsapparates. Dann kann es vielleicht gelingen, die Krise zu überwinden, anders nicht.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Magische Veränderung!

Herr Poincaré wehrt sich dagegen, daß gesagt wird, Frankreich habe sich nach seinem Abgang magisch verändert. Das wird ihm nichts helfen. Ganz Europa spürt die Veränderung des 11. Mai. Nur vor dem Haus am Königsplatz hat sie Halt gemacht. Dort wird in dem unter Poincarés Schatten gewählten Deutschen Reichstag mit eklem Eifer versucht, zwecks ungestörtem „Wiederaufbau“ — ungestört von Arbeiterrechten und Arbeiteransprüchen — Deutschland wieder den preußischen Junkern auszuliefern, — wie einst im Vor-november.

Aber schon im Mai gab es trotz aller Geburtshelfer keinen Bürgerblock, und wahrscheinlich kommt er auch diesmal nicht zur Welt, denn dieser Reichstag ist — möge, wenn diese Blätter hinausgehen, richtig sein: war — ein durch Poincaré verzerrtes Bild des deutschen Volkes. Es entspricht nicht der wirklichen Kräfteverteilung. Darum muß es schnellstens verlöscht werden. Sonst ist das nachrevolutionäre Deutschland neben Ungarn und — wer weiß, wie lange noch — Italien das Land der Reaktion in Europa.

Die Demokratisierung Deutschlands am 9. November war noch

eine deutsche Angelegenheit. Jetzt ist sie zur europäischen geworden. Ein verändertes Deutschland nach den MacDonald- und Herriot-Wahlen in England und Frankreich — auf solchem Untergrund könnte wahrlich die magische Veränderung Europas begonnen werden.

H.W.

Deutschnationale Führerauslese

Die Unfähigkeit des deutschnationalen Reichstags-Präsidenten Wallraf bildet erneut das Entsetzen nicht nur der bürgerlichen Parteien, die Wallraf dem Genossen Löbe vorzogen, sondern auch der deutschnationalen Reichstagstraktion selbst. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schultz-Bromberg, der als langjähriger Parlamentarier und früherer Vizepräsident des Reichstags die Geschäftsordnung kennt, hat, wie Frau v. Oheimb zu erzählen weiß, „in schärfster Form seine Unzufriedenheit über seinen Parteikollegen geäußert“.

Warum haben wohl im Frühjahr die Deutschnationalen nicht den Fachmann Schultz-Bromberg präsentiert, sondern ausgerechnet Herrn Wallraf, der eben zum ersten Male in den Reichstag gewählt war und nur eine dreijährige parlamentarische „Erfahrung“ als preußischer

Landtagsabgeordneter aufzuweisen hatte?

Die Antwort ist bezeichnend genug: In jenen Tagen der Reichstagsöffnung wurde über den Bürgerblock gekuhandelt. Herr Hergt, der als Vorsitzender der größten Fraktion des Bürgerblocks „kanzlerle“, hatte nur einen ernsthaften Rivalen, und das war nicht der außenpolitisch unmögliche Tirpitz, sondern Wallraf! Ebenso wie Hergt Minister des alten Regimes, dazu Oberbürgermeister von Köln (besetztes Gebiet!), Katholik und als einigermaßen maßvoll bekannt, schien Wallraf einige Chancen zu haben.

Darum schob Hergt den un-bequemen Wallraf auf den Präsidentenstuhl ab und hat damit zwar nicht im Frühjahr sein Ziel erreicht, jedoch immerhin Wallrafs Unfähigkeit so deutlich werden lassen, daß dieser für immer den Nimbus eines führenden Politikers eingebüßt hat.

Das Ansehen des Deutschen Reichstags ist allerdings durch dieses Kapitel deutschnationaler „Führerauslese“ stark gemindert worden.

P.

Es ist Arznei, nicht Gift, was ich dir reiche!

Als Paul Levi unter dieser Devise den kommunistischen Märzputsch, der ja eigentlich die logische Konsequenz auch der damaligen Politik der K.P.D. war, verurteilte, bestachen uns seine Gründe. Inzwischen haben wir erfahren, daß, wenn er zur Feder greift, es in neun von zehn Fällen geschieht, um kritisch zu würdigen, was andre getan haben.

Als die Berliner Jungmannschaft des „Reichsbanners“ am 10. August durch Berlin schritt und die Menschen den Hut zogen vor ihren schwarz-rot-goldenen Fahnen, und als am 11. August in ganz Deutschland das schwarz-rot-goldene Banner siegte, war das für viele Hun-

dertausende von Republikanern ein glückliches Erlebnis. Die republikanische Wehr war da, aus der Erde gewachsen, bereit und fähig, der Reaktion zu begegnen. Was 1918 mißlungen, gescheitert war an der Disziplinlosigkeit gewisser Führer- und Arbeiterkreise und dann in langen gefährlichen Jahren schmerzlich entbehrt worden war, stand jetzt wuchtig da, spät, aber noch rechtzeitig.

Was wunder also, daß der diesmalige Leitartikel der Levi-Korrespondenz aus der Hand ihres Herausgebers das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ annagt, so ein bißchen nur, aber gerade genug, um bei den Gläubigen der Korrespondenzgemeinde Mißtrauen zu säen, Parteidiskussionen zu entfachen — kurzum, Schwierigkeiten zu bereiten, die bisher zu unser aller Freude fehlten.

Und welche Vorschläge hat zum Schluß der immer bereite Kritiker zu machen? „Aber wir glauben, daß die Organisation dem Proletariat nur gedeihlich sein kann, wenn auch in der Organisation jeder Sozialdemokrat erst und vor allem ein Sozialist und proletarischer Klassenkämpfer ist.“ Nun, wir glauben, daß zu diesem letzten Schluß nicht erst die Weisheit von Paul Levi bemüht werden mußte. Er ist für jeden Genossen im Reichsbanner selbstverständlich. Gerade weil er Sozialist ist, schützt er im Reichsbanner die Republik, Weil er Sozialist ist, hält er Disziplin, kann er sich um der Sache willen einordnen. Eine schätzenswerte Eigenschaft für große Kämpfe. Daß gerade Paul Levi sie mißversteht, wundert uns nicht.

Das Schweigen des Herrn v. Seeckt zum Reichsbanner soll besonders verdächtig sein. Was könnte er anderes tun, selbst wenn er wollte, wenn 2 Millionen Menschen ihm die Fahne der Republik in der Faust entgegenhalten? Diese zwei Millionen aufzuwecken, war eine Leistung. Kritische Leitartikel machen sie nicht wett.

V.R.

B Ü C H E R S C H A U

Ein heiliges Brevier

Wie selten in Sammelwerken, die meistens eine böse Geschmacksverirrung repräsentieren, sind in „Geprägte Form“ (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1924) die grandiosesten Erscheinungen der Dichtung und der bildenden Kunst zusammengefügt. Beiträge aus der Edda, aus den Werken von Ekkehart, Wolfram von Eschenbach, Grimmelhause, Goethe, Hölderlin, Hebel, Kleist, Novalis, Rilke u. a. m., bei Malern v. Dürer, Rembrandt, Meister Franke, Grünewald, Marées, Nolde, Modersohn, Thylman, Marc, Klee stellen eine Verdichtung des Schöpferischen dar, die fast die Heiligkeit eines Breviers ausstrahlt. Solch konzentrierte Kost kann man nicht, wie „Das xte Buch der Ernte“ oder „Vom goldenen Ueberfluß“, in großen Mengen aufnehmen.

Die Auswahl ist vorzüglich, wenn auch eingewendet werden muß, daß manche Werke die bruchstückhafte Wiedergabe nicht ohne Abbruch ertragen können. Die Zerreißung verschiedener Dichtwerke in Einzelabschnitte, die im Buch zerstreut sind, scheint uns um der Sammlung des Lesers willen nicht ganz glücklich zu sein. Was der Herausgeber, Ludwig Benninghoff, im Vorwort und in einem umfangreichen Aufsatz „Vom Wesen der Kunst“ an Zusammenfassung und Ueberblick gibt, kann naturgemäß weder inhaltlich noch künstlerisch vor den ungeheuren Maßen standhalten, die durch die Auswahlstücke gegeben sind. Das Vorwort klingt allzu zeitlich und kastenmäßig gebunden, um neben den übrigen Dichtungen und Bildwerken nicht schwach erscheinen zu müssen.

Verdienst Benninghoffs bleibt die Auswahl so weit in Zeit und Stil auseinanderliegender Werke, die alle das Gemeinschaftliche haben: große Kunst zu sein. Sich hier nicht zu täuschen (auch in der Kunst der Gegenwart, besonders in der Malerei, wo keine geschichtlichen Be-

stimmungen gefunden sind), verbürgt ein sicheres und reines Gefühl für das Echte. Diese Tatsache gibt dem Herausgeber das Recht zu dieser einzigartigen Sammlung.

Kurt Offenburg

Essayistisches

Willy Haas ist eine ganz besondere Erscheinung unter den Essayisten der Zeit: eine Begabung, die den Mut und die Konsequenz hat, sich zu ihrer eigenen Stärke und Schwäche zu bekennen. Dieser Schriftsteller ist reinste Intellektualität. Seine logischen Konstruktionen sind ganz ohne körperliche Fundamente, aber von mathematischer Schlußsicherheit. Zum Anstoß dieser Produktion scheint uns ein aufblitzender Gedanke zu genügen; um den Kern baut sich dann zwingend und folgerichtig das gedankliche Gebäude. Wie wenig diese Aufsätze „Das Spiel mit dem Feuer“ (Verlag Die Schmiede, Berlin) auch naturhafte Anschauung des gegebenen Stoffes haben, als Dialektik sind sie von letzter Ab- ründung.

Bei Hofmannsthal z. B. knüpft sich die Deutung ahasverischer Problemkreise an einzelne Gedichte, in denen bei der objektiven und klassischen Haltung Hofmannsthalscher Dichtung nicht auf die grundlegende psychische Einstellung geschlossen werden kann. Auch Rudolf Borchardt wird in dem geistreichen Essay „Zur Morphologie des dichterischen Selbsthasses“ seiner besten und lebendigsten Kräfte beraubt. Die Schönheit und Beglückung dieser Gedichte ist nicht mit einer negativ psychoanalytischen Deutung auszuschöpfen. — Ebenso verwischt sich die Gestalt Gerhart Hauptmanns in der überkomplizierten dialektischen Logik des Verfassers.

Die Satiren entsprechen mit ihrer scholastischen Schärfe dem Gesamtbild der größeren und tieferen kritischen Aufsätze. Kurt Offenburg

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: Paul Kolmetz, Berlin.

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123